

Grosser Gemeinderat

Worb, 16. November 2018

383. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 12. November 2018, 19:30 Uhr

Sitzungsende 22:15 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Leitung Christensen Sven (FDP), 1. Vizepräsident
2. Vizepräsident Büchel-Wampfler Sandra (SP)
1. Stimmzählin Fivian Bruno (SVP)
2. Stimmzähler Suter Michael (FDP)

Mitglieder Santschi Jürg (BDP)

Cetin Mayk (EVP)
Moser-Utiger Silvia (EVP)
Müller Bernhard (EVP)
Stöckli Rolf (EVP)
Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)

Gosteli Hansjörg (FDP)
Kämpfer Erwin (FDP)
Lanfranconi Elena (FDP)
Marchand Andy (FDP)
Messerli Gregor (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)
Stucki Daniel (FDP)

Jorio Marco (GLP)
Jost-Pfister Catarina (GLP)

Aebersold Daniel (SVP)
Bernhard Martina (SVP)
Bernhard Therese (SVP)
Kohli Stephan (SVP)
Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Stucki Simon (SVP)
Wälti Martin (SVP)
Zingg Stephan (SVP)

Cavargna Tiziano (SP)
Federer Guido (SP)
Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
Gimmel-Kündig Sandra (SP)
Goetschi Thomas (SP)
Gränicher Marius (SP)
Marthaler Matthias (SP)
Von Arx Roland (Grüne)
Wenger Claude (Grüne)
Wittwer Anatina (SP)

Abwesend	Fröhlich Viktor (SP) Lehmann Manfred (BDP) Zwyer Lukas (BDP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 15. Oktober 2018: Genehmigung
3. 10/1/1 Aufsichtskommission
Aufsichtskommission: Ersatzwahl
4. 14/40 Sport
Initiative mit dem Titel „für einen allwettertauglichen Sportplatz“; Stellungnahme: Genehmigung
5. 13/11/1 Elektronische Datenverarbeitung
Informatik an den Schulen; Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21: Kreditbewilligung
6. 31/0/5 Siedlungsentwicklung
„Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“, Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme
7. 32/0 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
„Investitionsstau: Wie weiter?“, Interpellation der GLP/BDP-Fraktion: Stellungnahme
8. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Bachstrasse in Richigen; Sanierung der Strasse und der Wasserversorgungsleitung: Kreditbewilligung
9. 41/40/0 Asyl- und Flüchtlingswesen
„Massnahmen zur Integration von Migranten“, Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
10. 56/2 Strassensignalisationen
„LKW-Fahrverbot Bernstrasse „Zubringer gestattet““, Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
11. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste wird mit dem Tausch der Traktanden 4 und 5 genehmigt.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	1	2017/21-118	143	12/0/0

1. Vizepräsident Christensen Sven: Auf euren Tischen seht ihr die Einladung für das diesjährige Jahresschlusessen. Die kulinarische Reise führt uns zu den Tacos und den Fajitas. Ich habe mit meiner Familie ein Probeessen dort gemacht und es hat uns sehr geschmeckt, daher hoffe ich auf eine rege Teilnahme. Darf ich euch bitten, wenn ihr es schon wisst, uns die Anmeldung am Ende oder in der Pause nach vorne zu bringen. Damit wir wissen, wer alles kommt. Diejenigen, welche sich nicht entscheiden können, dürfen die Anmeldung natürlich noch per E-Mail schicken. Gerne möchte ich erwähnen, dass wir das nächste Mal bereits um 17.30 Uhr starten. Diejenigen, welche erst um 19.30 Uhr eintrudeln, sollen direkt in den Löwen kommen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe zwei kurze Mitteilungen. Die erste betrifft den Bürgerbus. Ich habe euch hier im September in der GGR-Sitzung orientiert, dass wir zusammen mit der Gemeinde Münsingen ein neues Angebot zum öffentlichen Verkehr erarbeiten. Nämlich einen sogenannten Bürgerbus, der Worb, Trimstein und Münsingen miteinander verbindet. Dieser Bürgerbus, der von Bernmobil betrieben wird, nimmt nun ab dem Fahrplanwechsel am Sonntag, 9. Dezember 2018 seinen Betrieb auf. Er wird zunächst versuchsweise für drei Jahre fahren. Wir wollen diese Inbetriebnahme zusammen feiern und zwar am Sonntag, 9. Dezember 2018 über den Mittag, das heisst von 11.00 bis um 13.00 Uhr. Das kleine Fest findet in Trimstein in der Turnhalle der Schulanlage statt, da es ja vor allem um Trimstein geht. Ich lade euch herzlich ein, am 9. Dezember 2018 ab 11.00 Uhr an diesem Festakt teilzunehmen. Um 11.10 Uhr wird ein Shuttlebus die Leute von Worb und von Münsingen nach Trimstein führen. Alles weitere zum Bürgerbus, zum Fest und wo der Shuttlebus fahren wird, seht ihr auf diesem Flyer, den wir der Worber Post vom 28. November 2018 beilegen werden. Ich würde mich über eine gute Besetzung der Worber an diesem Fest in Trimstein freuen. Jetzt das Zweite, die Auflage der Ortsplanungsrevision. Ich habe dies schon im Sommer angekündigt und nun wird es endlich Realität. Unsere Ortsplanungsrevision geht nun einen Schritt weiter. Wir können nun die öffentliche Auflage durchführen. Die Auflage findet vom 15. November 2018 bis am 17. Dezember 2018 statt. Ich habe euch bereits darüber informiert, wie es zu dieser Verzögerung gekommen ist und habe diese auch begründet. Es hat vor allem damit zu tun, dass das Erarbeiten vom Abschätzen der Planungsmehrwertabgabe viel aufwändiger gewesen ist, als man dies ursprünglich erwartet hat. Wir büssen hierfür, dass wir eine von den ersten Ortsplanungsrevisionen haben, welche nach dem neuen kantonalen Baugesetz erschaffen worden sind. Dies hat den Nachteil, dass die Praxiserfahrung noch weitgehend fehlt. Wir werden alle Unterlagen der Ortsplanung auflegen, welche grundeigentümergebundene Bestimmungen enthalten. Alle Unterlagen, die nur für die Behörde verbindlich sind, werden wir zwar zur Information beilegen, dagegen wird man jedoch nicht Einsprache machen können. Dies sind beispielsweise die Richtpläne oder der Inventarplan Landschaft. Wir werden der nächsten Worber Post auch eine Beilage beilegen und zwar dieses Heft hier. Dies wird die Bevölkerung auf die öffentliche Auflage aufmerksam machen. Es wird über die Schwerpunkte der Ortsplanung und über die wichtigsten Änderungen in den Zonenplänen und im Baureglement informieren. Die relevanten Unterlagen werden auf unserer Webseite aufgeschaltet und sie können im Foyer und im Treppenhaus der Gemeindeverwaltung auch in gedruckter Form studiert werden. Wir bieten dann zusätzlich zwei Abende als offizielle Sprechstunden an. Dort können sich die Betroffenen auch mündlich über die Änderungen informieren lassen, die ihr Grundstück betreffen. Diese Sprechstunden werden am Mittwoch, 5. Dezember 2018 und am Dienstag, 11. Dezember 2018 im Foyer des Gemeindehauses am Abend, von 17.00 bis 20.00 Uhr, angeboten. Der GGR wird die Grundordnung voraussichtlich im ersten Halbjahr 2019 genehmigen. Der Entscheid unterliegt dem fakultativen

Referendum. Ich bitte euch sehr, die Unterlagen zur Ortsplanungsrevision während der öffentlichen Auflage gut zu studieren, dass wir dann bei der Genehmigung gut hindurchkommen.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Demokratie lebt nicht davon, dass wir über alles und jedes abstimmen können. Demokratie lebt vor allem davon, dass man bei der Erarbeitung von Lösungen teilnimmt. Diesen Weg versucht der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Situation an der Pendlerstrecke Worb SBB – Niederhaus – Richigen zu gehen. Die Stationsstrasse Worb SBB – Niederhaus – Gsteigweg – Richigen ist für Pendler als Abkürzung beliebt. Es ist sehr bekannt, die Situation kennt ihr. Zu den Pendlerzeiten morgens und abends sind viele Fahrzeuge auf dieser Verbindung unterwegs, manchmal auch LKW mit Anhänger. Vor der Verkehrssanierung in Worb konnte damit dem Stau ausgewichen werden, auch seit der Eröffnung der Spange Süd ist die Beliebtheit der Strecke offensichtlich immer noch gross. Die Verbindung wird von den Richigern auch gerne genutzt. Wenn ihr die Situation gut kennt und ihr einmal hinschaut, dann seht ihr, dass die Strasse ursprünglich mal sehr schmal gewesen ist. Beim Kreuzen wird seit Jahrzenten über den Strassenrand hinaus aufs Feld ausgewichen. Nicht zur Freude der betroffenen Landwirte. Die Strasse wurde quasi kalt ausgebaut. Jetzt habt ihr gehört, dass ab Dezember 2018 der Bürgerbus verkehrt und die Stationsstrasse muss auch nächstens saniert werden. Zudem ist die laufende Verkehrssanierung Anstoss und Motivation, die schon seit Jahren unbefriedigende Situation endlich anzugehen. Zu einer breit akzeptierten und tragfähigen Lösung gehört der Einbezug der Betroffenen und von der Situation berührten Gruppen. Der Gemeinderat hat sich deshalb entschlossen, ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, um Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation zu erarbeiten und zu vereinbaren. Besonders betroffen sind in erster Linie die Einwohner von Richigen. An einem Treffen mit den örtlichen Vereinen am 20. August 2018 hat der Gemeinderat, vertreten durch Niklaus Gfeller und meine Person, seine Ideen zum Beteiligungsverfahren präsentiert. Dabei haben wir über die Absicht informiert, dass wir die Probleme an der Stationsstrasse und dem Gsteigweg zusammen mit den Anwohnern und weiteren Betroffenen lösen wollen. Wir haben den Teilnehmerkreis definiert. Als Leitfrage: Wer muss dabei sein, dass wir zu einer Lösung kommen, die Bestand hat? Am 22. Oktober 2018 haben sich Vertreter der Anwohner von Richigen, der Landanstösser, der Schule, der Hornusser, die Richiger-Vertreter des GGR, dem Gemeinderat und eine Vertretung der Verwaltung zu einem ersten Beteiligungsforum getroffen. Mit diesen Resultaten arbeitet nun ein Verkehrsplanungsbüro konkrete Vorschläge aus. Danach werden diese Vorschläge an einem zweiten Beteiligungsforum bewertet und weiterbearbeitet. Vielleicht wird es noch ein drittes Treffen brauchen, dies wissen wir jetzt noch nicht. Das Parlament und die Bevölkerung werden wir über weitere Resultate informieren. Wer mehr über das Beteiligungsforum wissen möchte, was dies genau ist, kann sich an Niklaus Gfeller oder an mich wenden und von Seite der Beteiligten sind Bernhard Müller und Bernhard Zürcher bereit Fragen zu beantworten.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Ich habe zwei ganz kurze Meldungen betreffend der Tagesschule Rüfenacht. Man hatte festgestellt, dass die Lärmbelastung in den neuen Räumlichkeiten relativ hoch ist und versprochen, dass man dort eine Lärmdämmung einbaut. Dies ist erfolgt, die Lärmdämmung ist drinnen. Ich habe von Letzt mit der Tagesschulleiterin, Monika Keller, gesprochen und sie hat mir versichert, dass sie sehr froh und sehr dankbar sind. Es bringe also sehr viel. Das Zweite war die Beschattung vom neuen Aussenplatz. Auch sehr wichtig. Diese ist auch erfolgt. Dort ist nun ein Sonnenzelt aufgestellt. Ich habe mir dies angesehen. Es ist relativ klein geraten, aber immerhin es ist eine Beschattung dort. Ich möchte mich ganz herzlich dafür bedanken, wie schnell dies gegangen ist.

Protokoll der Sitzung vom 15. Oktober 2018: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	2	2017/21-119	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Aufsichtskommission: Ersatzwahl

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-120	Geschäftsnummer 458	Archivnummer 10/1/1
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

1. Vizepräsident Christensen Sven: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil Christof Läderach aus der Aufsichtskommission zurückgetreten ist. Es gibt keine Eintretensdebatte, da der Rat gemäss der Gemeindeverfassung zur Behandlung verpflichtet ist. Es liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag lautend auf Lukas Zwyer (BDP) vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Dies ist nicht der Fall. Somit erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Lukas Zwyer (BDP) als in stiller Wahl gewählt.

Initiative mit dem Titel "für einen allwettertauglichen Sportplatz"; Stellungnahme: Genehmigung

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 4	Beschlussnummer 2017/21-121	Geschäftsnummer 22436	Archivnummer 14/40
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich beginne mit einer Vorbemerkung. Der Gemeinderat hat festgestellt, dass die Initiative „für einen allwettertauglichen Sportplatz“ gültig zustande gekommen ist und dass alle rechtlichen Vorgaben der Gemeindeverfassung mit dieser Initiative erfüllt sind. Heute Abend legen wir nun die Initiative dem GGR vor mit der Frage, ob er die Initiative unterstützen will oder ob er sie ablehnt. Wie geht es dann weiter? Wenn der GGR die Initiative heute unterstützt, dann werden wir im Gemeinderat das Ausführungsprojekt erarbeiten und anschliessend dem GGR hier zur Beschlussfassung unterbreiten. Dies wird im besten Fall im Februar sein, vielleicht erst im März, je nachdem wie die Arbeiten vorstangehen. Wenn der GGR die Initiative jedoch heute ablehnt, dann geht die Initiative vors Volk. Dann wird dazu eine Volksabstimmung durchgeführt. Einer von diesen zwei Fällen tritt ein, je nachdem wie ihr euch heute entscheidet. Um was geht es genau? Die Forderung der Initiative lautet: Das Spielfeld im Worboden wird saniert und zu einem allwettertauglichen Sportplatz umgebaut. Der GGR beschliesst heute also, ob er dieser Forderung im Grundsatz zustimmt oder nicht. Alle Detailfragen zum Projekt, wie Art, Aufbau und Beschaffenheit vom Kunstrasens, von diesem allwettertauglichen Sportplatzes, zum Kredit, zur finanziellen Beteiligung der Fussballvereine werden wir hier zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren. Im Februar oder vielleicht erst im März. Dies können wir natürlich erst diskutieren, wenn wir das Ausführungsprojekt fertig ausgearbeitet haben. Darum müsst ihr sehr wahrscheinlich nochmals kommen, liebe Anwesende von den Fussballvereinen. Wirklich um die Sache geht es erst dann. Der Gemeinderat unterstützt die Initiative aus drei Gründen: Er stellt fest, dass viele Kinder und Jugendliche aus unserer Gemeinde beim Fussball eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung finden. Dass die bestehenden Norm-Rasenspielfelder nicht ausreichen, um die Bedürfnisse der Fussballvereine abzudecken, ist seit vielen Jahren bekannt. Wir haben bereits vor acht Jahren einen Anlauf unternommen, dieser ist dann leider an der Urne gescheitert. Aber es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass die Fussballvereine über die notwendige Infrastruktur verfügen. Der zweite Grund: Der Gemeinderat hat sich schon im Rahmen der aktuellen Legislaturplanung das Ziel gesetzt, dass unsere Fussballvereine Ende Legislatur über einen allwettertauglichen Sportplatz verfügen. Es ist klar, beim Rasenspielfeld kommt es immer wieder vor, dass man Trainings oder Spiele absagen muss, wenn der Boden durchnässt oder sogar gefroren ist. Wie schon der Name sagt, kann auf einem allwettertauglichen Sportplatz auch bei Regen und auch im Winter Fussball gespielt werden. Damit kann der Platzbedarf der Fussballvereine SC Worb und Femina Kickers weitgehend abgedeckt werden. Dann noch der dritte Grund: Die Initiative fordert schliesslich genau die Lösung, die auch der Gemeinderat verfolgt. Ich hole dazu ein bisschen aus: Der Gemeinderat hat das Projekt Allwetterplatz 2017 in die Hand genommen, also im letzten Jahr und dafür eine Arbeitsgruppe eingesetzt. In der Arbeitsgruppe arbeiteten Vertreter der Fussballvereine, der Departemente Bau und Präsidiales und der Schule mit. Die Arbeitsgruppe hat verschiedene Szenarien geprüft und konnte aber schliesslich aufzeigen, dass der Umbau des Spielfeldes im Worboden zu einem Allwetterplatz für die Fussballvereine gesamthaft den grössten Mehrnutzen bringt. Es ist also die beste Lösung. Man hätte auch noch den angenehmen Nebeneffekt, dass die Durchführung des Schülerturniers immer gerade gesichert wäre. Es ist auch noch gerade die kostengünstigste Lösung. Dies war unsere Lösung, welche wir bevorzugt haben. Aufgrund des abgelehnten Finanzplans hat der Gemeinderat das Projekt im letzten Herbst für ein Jahr sistiert und bisher nicht mehr weiterverfolgt. Die eingereichte Initiative fordert uns im Wesentlichen auf, das Projekt wieder hervor zunehmen und weiterzubearbeiten. Der

Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat aus diesen drei genannten Gründen, die Initiative zu unterstützen.

Lanfranconi Elena, FDP: Ich freue mich, dass ich hier mein erstes Votum im GGR zu diesem sehr wichtigen Geschäft halten darf. Ich spreche jedoch nicht für die FDP-Fraktion sondern als Mitglied des Initiativ-Komitees und als aktive Fussballspielerin bei den Femina-Kickers Worb. Hiermit ist auch gerade meine Interessenbindung gemäss Art. 33 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates offengelegt. 1'472 gültige Unterschriften und dies nur in 50 Tagen. Geschätzte Anwesende, dies ist ein starkes Signal aus unserer Bevölkerung. Dies ist ein starkes Signal, welches zum Ausdruck bringt, dass wir in Worb mit unseren Sportplätzen am Anschlag sind und es dringend Lösungen braucht. Der allwettertaugliche Sportplatz ist kein Luxus. Der allwettertaugliche Sportplatz ist eine Notwendigkeit und dies aus drei Gründen: Erstens: Der Fussball benötigt eine verlässliche Infrastruktur. Die Worber Fussballvereine betreuen über 500 Kinder, Jugendliche und Erwachsene in 26 verschiedenen Mannschaften. Die Vereine bieten ein sehr gutes Angebot und leisten unbezahlbare Freiwilligenarbeit. Die Vereine können jedoch nur einen guten Job machen, wenn die Gemeinde ihnen auch eine gute und verlässliche Infrastruktur zur Verfügung stellt. Eine Infrastruktur, welche ausreichend ist und eine Infrastruktur, wo es nicht immer heisst „Rasen betreten verboten“. Zweitens: Mit dem Allwetterplatz wird die Kapazität verdoppelt. Den heutigen Naturrasen kann man die Hälfte der Zeit nicht brauchen. Zum Beispiel nach starkem Regen oder im Winter. Auf dem Allwetterplatz kann man das ganze Jahr und bei jedem Wetter durchgehend spielen. Diese Kapazitätserhöhung braucht es, damit alle in Worb regelmässig trainieren und spielen können und hier niemand auf das Fussballspielen verzichten muss. Drittens: Das Geld ist gut investiert. Die 1.6 Mio. Franken, welche die Gemeinde unter dem Strich ausgeben müsste, ist viel Geld. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass der heutige Naturrasen nächstens sowieso für viel Geld saniert werden müsste und man berücksichtigt, dass der Allwetterplatz die Kapazität quasi verdoppelt und gleichzeitig noch die jährlichen Betriebskosten für die Gemeinde gegen Null gehen würden, dann ist dies eine gute Investition. Eine Investition in die Zukunft, die sich lohnt. Liebe Anwesende, dass der Gemeinderat den Allwetterplatz zu einem Legislativziel erklärt hat, kommt nicht von ungefähr. Der Gemeinderat hat erkannt, dass es die Investition braucht und sie wichtig ist. Im Namen von diesen 1'472 Initianten, im Namen der Worber Sportvereine und im Namen von diesen 500 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, welche in unserer Gemeinde Fussball spielen, bitte ich euch, anerkennt die Leistungen der Vereine, setzt ein Zeichen für unsere Jugend und hilft mit, dass der Worber Fussball gute Rahmenbedingungen erhält und sagt ja zur Initiative für einen allwettertauglichen Sportplatz. Danke für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Ich bin zwar gewarnt worden, aber ich stehe zu meiner sprachlichen Ausnahme. Daher ein herzliches „Grüezi miteneand“. Bei diesem Thema geht es letztendlich um Fairness, Miteinander und Gesundheit. 507 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer spielen zusammen Fussball auf dem Sportplatz im Worboden. Die 26 Mannschaften können jedoch höchstens sechs Monate pro Jahr auf dem aktuellen Normrasen spielen. Und dies auch nur, wenn das Wetter mitmacht. Die restliche Zeit werden sie zu Bittstellern bei anderen Platzbesitzern und anderen Vereinen oder können schlicht und einfach gar nicht trainieren oder spielen. Das ist überhaupt nicht fair. Wir unterstützen ja den Wislenpark, wieso sollten wir uns nicht auch für den Fussball einsetzen? Zumal es nur Schuhe, kurze Hosen und ein Shirt braucht, damit Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und Schichten zusammen spielen können. Für uns Eltern ist es eine gute Chance unseren Kindern ein tolles Hobby zu ermöglichen und ein Teil der Gesellschaft zu sein. Verschiedene Studien, ich habe hier eine Handvoll mitgenommen, zeigen, dass die Kosten und die ökologische Bilanz von Norm- und Kunstrasen sich absolut die Waage halten. Der Kunstrasen jedoch ermöglicht Alt und Jung an 365 Tagen im Jahr Spass am Sport zu haben. Schliesslich sind Bewegung und Ausdauertraining die beste präventive Langzeitmassnahme für unsere Gesundheit. Da wären wir wieder bei Fairness, Miteinander und Gesundheit. Ein Teil der Fraktion wünscht sich von den Vereinen eine substantziellere Beteiligung an den Kosten und will wissen, ob es Geschäfte gibt, welche für einen solchen Rasen zurückstehen müssten. Aber eines ist klar: der allwettertaugliche Sportplatz ist eine wichtige Investition in unsere Zukunft. Die Fraktion SP plus Grüne stimmt diesem Antrag zu. Für Fairness, für das Miteinander und für die Gesundheit.

Santschi Jürg, BDP/GLP: Der Zweite, ich bin nicht der erste, der das erste Mal ans Mikrofon steht. Dies ist meine erste GGR-Sitzung und dieses Traktandum hat mich dazu bewogen, bereits das Wort zu ergreifen und zwar nicht nur als Sprecher der GLP/BDP-Fraktion, sondern auch als Vater von drei Jungs, welche beim SC Worb Fussball spielen und zwar B-, C- und D-Junioren. Ich kann somit aus eigener Erfahrung erzählen, wie

dies ist, wenn im Frühling, wenn die Saison startet, du das erste Spiel bei einer Mannschaft hast, welche Kunstrasen hatte. Dann fährst du dort ein und merkst, dass die langen Bälle nicht ankommen. Die anderen Spielen ihre genauen Pässe, dies funktioniert tipp topp. Bei unseren, was haben sie den Winterüber gemacht? Einmal pro Woche in der Halle, B-Junioren. Diese haben einmal in der Woche 1,5 Stunden die Halle. Notabene von 17.30 bis 19.00 Uhr. Bei den B-Junioren hat es bereits Lernende, denen reicht die Zeit nicht um pünktlich im Training zu sein. Am Montagabend geht man noch auf den roten Platz. Was kann man dort schon vernünftiges machen, wenn es schlechtes Wetter ist? Mit den Fussballschuhen kann man dort auch nicht spielen. Von dem her, ist es einfach bieter nötig, dass wir einen solchen Platz haben. Abgesehen von den Kapazitätsproblemen, diese wurden bereits erläutert. Ich kann meinen Vorrednerinnen und Vorrednern vorbehaltlos beipflichten. Dies braucht es. Meine Jungs haben bereits in der Fussballschule begonnen. Der Eine packte damals den Einstieg noch nicht, aber später hat er dann doch gefunden, er möchte jetzt auch. Was war das Fazit? Er war mehr als ein Jahr auf der Warteliste, weil es kein Platz hatte und die Kapazität nicht da war. Wenn wir diesen Platz haben, dann können wir das Angebot eben auch bieten und können den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, welche Fussball spielen, ermöglichen, dass sie auch zielgerichtet und gut trainieren können. Gesundheit wurde auch schon angesprochen. Es ist einfach extrem wichtig, dass gerade die Jungen nicht nur herumhangeln, gamen oder am Handy hängen, sondern an der frischen Luft Sport machen können. Mit dem Allwetterplatz sind sie umso mehr an der frischen Luft und nicht einmal in der Halle, wenn es nicht sein muss. Vernünftige sportliche Tätigkeit in der Jugend ist nach meiner Überzeugung unabdingbar und sehr wichtig, dass man später den richtigen Weg nimmt. Vielleicht wisst ihr nicht, was ich von Beruf mache. Ich bin Gerichtspräsident in Thun. Ich habe schon oft gedacht, wenn junge Leute vor mir sitzen, ob diese auch hier wären, wenn sie in einem Verein Sport gemacht und gute Impulse bekommen hätten und nicht auf den schiefen Weg geraten wären. Darum ist es wirklich eine Chance, ja zu diesem Projekt zu sagen. Es ist ja bereits weitgehend aufgegleist und der Gemeinderat muss nicht mehr von vorne beginnen. Man hat bereits gute Vorarbeiten, welche man herausziehen kann. Somit sollte man möglichst rasch, das Ganze realisieren können. Ich freue mich bereits auf die Debatte, wenn wir das Projekt hier diskutieren können.

Stöckli Rolf, EVP: Mein Votum wird nicht so lange sein, wie diese meiner Vorrednern. Ich möchte nur sagen, dass am 12. Oktober 2009 wir dies hier schon einmal behandelt haben. Damals wurde mit 24 zu 14 Stimmen beschlossen, den Fussballplatz im Worbboden zu einem Kunstrasenplatz umzubauen. Im Parlament setzten sich FDP, SVP und EVP für den Einbau eines Kunstrasens ein. SP, Grüne und EDU bekämpften damals die Vorlage. Dies hat auch dazu geführt, dass am 13. Juni 2010 das Worber Stimmvolk das Projekt abgelehnt hat. Die vorliegende Initiative fordert nun, dass das ursprüngliche Vorhaben wieder aufgenommen wird, den Fussballplatz im Worbboden zu einem Kunstrasenplatz auszubauen. Wir von der EVP unterstützen diese Initiative erneut. Damit erhalten auch unsere Fussballerinnen und Fussballer endlich die Infrastruktur, welche ihnen zusteht, damit sie auch bei schlechtem Wetter und im Winter draussen Fussballspielen können.

Fivian Bruno, SVP: Nun sind sicherlich alle gespannt, was die SVP sagt. Gerade vorneweg, wir sind nicht einfach dagegen. Aber wir werden am späteren Ausführungsprojekt nur dann zustimmen, wenn das Budget 1.3 Mio. Franken ist. Wie kommen wir auf diese 1.3 Mio. Franken? Der vom Gemeinderat übermittelte Preis für dieses Spielfeld liegt bei 1.9 Mio. Franken. Nach den beschriebenen Abzügen von der Beleuchtung und dem Beitrag des Sportfonds, sowie der Fussballvereine kommen wir für den Steuerzahler auf einen Betrag von 1.6 Mio. Franken. Jetzt wird im Punkt 3.2 beschrieben, dass die jährlichen Betriebskosten für den Naturrasen bei 55'000 Franken liegen. Auf die Lebensdauer des Kunstrasens von 20 Jahren aufgerechnet, ergibt dies eine Summe von 1.1 Mio. Franken. Dann müsste der Steuerzahler oder was noch besser wäre, Spenden von denen, welche die Initiative unterschrieben haben, für die nächsten 20 Jahre noch je 10'000 Franken mehr aufbringen oder 200'000 Franken auf einmal. Dies würden wir für die nicht Sportbegeisterten Steuerzahler als zumutbar bezeichnen. Etwas hat mich dennoch etwas stutzig gemacht. Wieder im Punkt 3.2 steht: „Somit fallen für die Gemeinde wahrscheinlich netto keine jährlichen Betriebskosten an.“ Wie darf man das „Wahrscheinlich“ verstehen? Da möchten wir dann darauf hinweisen, dass in der jetzigen Botschaft steht: „Davon übernehmen die Fussballvereine 14'000 Franken in Form von Eigenleistungen.“ Da muss genau geregelt sein, wie sich dies mit den Eigenleistungen und dem Nutzungsbeitrag verhält. Es kann nicht sein, dass dann nicht klar ist, was die Gemeinde für den Nutzungsbeitrag für eine Leistung erbringen muss und am Schluss doch alles selber macht und bezahlt. Nochmals fürs Protokoll: Wir genehmigen die aktuelle Vorlage Initiative für einen allwettertauglichen Sportplatz mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, an einem folgenden Ausführungsprojekt mit einem

Budget von mehr als 1.3 Mio. Franken nicht zuzustimmen. Im Sinne von unseren Sportlern wünschen wir dem zukünftigen Projektverfasser viel Erfolg, dass auch wir diesem Antrag und dieser Initiative zustimmen können.

Suter Michael, FDP: Die FDP ist bezüglich diesem Allwetterplatz gespalten. Es ist bekannt, dass unser ehemaliges GGR-Mitglied und Fussballtrainer, Roland Graf, die treibende Kraft hinter dieser Initiative ist. Trotzdem hat die FDP diese Initiative nicht unterstützt. Gerade weil wir mit Roland einen sehr engagierten Fussballer in unserer Fraktion hatten, haben wir lange und hart parteiintern diskutiert. Schlussendlich ist jedoch eine Mehrheit von unserer Partei zum Schluss gekommen, dass mit dem Hintergrund von der sehr angespannten Finanzlage eine Zusatzinvestition von 1.6 Mio. Franken, welche notabene sogar ausserhalb des Budgets liegt, einfach zu hoch für diese Gemeinde ist. Ich erinnere mich noch gut an die anschliessende Parlamentssitzung, wo wir noch den Finanzplan abgelehnt haben. Die SP-Präsidentin hat uns damals nachdrücklich gemahnt, sie werde genau hinsehen, wer von unserer Partei für einen Kunstrasen stimmen wird und wer dagegen. Liebe Sandra, ich kann dich beruhigen, die FDP ist weiterhin in der Mehrheit gegen die Initiative. Aber hier zur Sache. Ich vertrete hier die Argumente von einer Fraktionsmehrheit von der Liberalen Fraktion. Diese ist, wie bereits gesagt, der Initiative kritisch gegenübergestellt. Dies aus drei Gründen: Erstens ist der Zeitpunkt der Initiative verfehlt. Auch der neue Finanzplan, welchen wir genehmigt haben, zeigt auf, dass der Finanzerfolg der Gemeinde nicht einfach vom Himmel fällt. Es fehlen zahlungskräftige Unternehmen. Der Steuerertrag kommt also Jahr für Jahr direkt vom Bürger und dort budgetiert man mit steigenden Erträgen und dies nicht etwa wegen markantem Zuzug in die Gemeinde, sondern weil der Kanton von Jahr zu Jahr seine Steuerpraxis restriktiver gestaltet. Mit anderen Worten: Die Steuerpflichtigen werden immer mehr geschröpft. Dies kann über kurz oder lang nicht so weitergehen. In Kenntnis von dieser Entwicklung jetzt eine derart grosse zusätzliche Investition zu tätigen, finden wir fahrlässig. Zweitens spricht ein liberales Argument gegen die Initiative. Wir müssen uns bewusst sein, dass wir nicht für oder gegen einen Kunstrasen argumentieren oder abstimmen. Der Bau eines Kunstrasens ist in der Gemeinde Worb nicht verboten. Niemand hindert Private, ein Verein oder die Mitglieder des SC Worb, welche hier so zahlreich anwesend sind, daran ein solches Projekt zu lancieren und privat zu finanzieren. Fraglich ist jedoch hier, ob sich die Gemeinde so stark engagieren soll. Ich weiss, dass wir mit dem Sportzentrum Wislenpark in der Gemeinde bereits einen starken Fall gesetzt haben, für die Beteiligung an Sportanlagen. Aber schaut wo wir dort stehen. Wohin führen solche Finanzierungen und Verstrickungen von der Gemeinde schlimmstenfalls? Jahr für Jahr kostet uns der Park, ein Ende der Defizite ist nicht in Sicht und man muss nachschliessen. Gleichzeitig fragen sich die Fussballer: Warum nicht auch wir? Aber müssen wir wirklich aus rein politischem Gehorsam jetzt nochmals den gleichen Fehler machen, wie wir ihn vielleicht schon einmal gemacht haben? Nochmals ich gönne dem SC Worb einen Kunstrasen. Ich sehe jedoch nicht ein, warum dieser der Gemeinde 1.6 Mio. Franken kosten soll. Drittens, vergessen wir nicht, dass es sich hierbei um eine Volksinitiative handelt. Der Umbau des Rasenfeldes ist offensichtlich ein Anliegen der Bevölkerung. Ich jedoch bin Parlamentarier und als Parlamentarier habe ich die Aufgabe mich bestmöglich für alle Bürger der Gemeinde einzusetzen. Nicht nur für den Fussballer, sondern auch für den Familienvater, welcher sein hart verdientes Geld versteuert oder die Unternehmerin, welche ihre Kreativität frei und ohne Einschränkungen ausleben möchte oder für Kinder, welche eine andere Sportart betreiben. Die Fussballer, die Familienväter, Kinder, welche andere Sportarten betreiben, die Unternehmerinnen, diese alle sind auf eine schlanke und effiziente Verwaltung angewiesen. Daher sage ich als Vertreter von allen Bürgern heute nein zur Initiative. Was würde dann passieren? Der Gemeindepräsident hat es gesagt, wenn wir nein sagen, dann ist das Parlament mit der Initiative durch. Die Initiative ist jedoch nicht einfach gestorben. Dann kommt es nämlich zu einer Volksabstimmung. Dort kann das Volk zeigen, ob es die Initiative wirklich möchte. Wenn es angenommen würde, wäre ich Demokrat genug und würde diesen Entscheid akzeptieren.

Büchel-Wampfler Sandra, SP+Grüne: Jetzt muss ich sehr wahrscheinlich doch als SP-Präsidentin noch nach vorne kommen. Ja, wie ihr seht, ist die SP entwicklungsfähig und was uns vor Jahren als richtig erschienen ist, muss nicht zwingend heute auch noch so sein. Wir haben es bei diesem Mal von einer anderen Seite angesehen. Eigentlich könnte mir persönlich dieser Platz relativ egal sein. Ich habe zwei Mädchen, welche reiten und nicht Fussball spielen. Diese sind nach der Schule jeden Tag auf dem Reitplatz. Genau dort möchte ich ansetzen, dass der Allwetterplatz durchkommt. Für mich ist dies Prävention. Prävention für die Jugendlichen. Wir können nicht immer jammern, sie hängen nur herum, sie kiffen und sie machen nichts Schlaues und gleichzeitig können sie in keinen Fussballverein gehen, weil es keine Kapazitäten zum Trainieren hat. Gleichzeitig jammern wir auch über die hohen Sozialleistungen, welche wir immer bezahlen müssen. Wie Jürg auch

bereits erwähnt hat, irgendwo steht dies vermutlich in einem Zusammenhang. Wir sprechen auch von Integration und Migration die ganze Zeit. Wo kann man dies besser als auf dem Fussballplatz? Wo lernt man heute noch besser als auf einem Fussballplatz „Einer für alle, alle für einen“? Darum möchte ich sagen, für mich ist dies nicht politischer Gehorsam, sondern für mich ist dies gesunder Menschenverstand und gut investiertes Geld. Wo können wir besser investieren als bei unseren Jugendlichen?

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Auch ich komme nach vorne als Präsidentin der GLP, spreche jedoch sicherlich auch für die BDP als gleiche Fraktion. Wenn wir uns überlegen, wie viele Kinder die Möglichkeit erhalten, etwas Sinnvolles zu machen. Hier geht es nicht darum, ob es Hockey ist oder Fussball spielen. Für mich ist es wichtig, dass ganz viele Kinder eine Möglichkeit erhalten. Man kann auch kleinere Sportarten nehmen. Aber wir wissen alle ganz genau, dass dort nicht alle Kinder mitmachen können. Auch mit dem Hintergrund der Integration ist dies ganz wichtig. Jetzt kann man sich darüber streiten. Wislenpark ja oder nein. Fussball ja oder nein. Für mich ist dies nicht die Frage. Für mich ist die Frage: Wo gehen wir hin in der Gemeinde Worb? Wie gehen wir mit unseren Jungen um? Was ist die Zukunft? Es ist eine ganz wichtige Investition und ich hoffe schon, dass man dies sieht und länger hinaus schaut und nicht nur heute. Wenn man es vielleicht heute anschaut, muss man aufgrund der Finanzen sagen, ja man muss überlegen. Aber wir denken nicht für heute, wir denken für morgen. Ich danke allen ganz herzlich, welche dies einsehen, welche den Weg mit uns gehen und ja sagen.

Marchand Andy, FDP: Ich bin immer noch ziemlich ambivalent, was ich heute antworten soll und was nicht. Dies sage ich vor allem, da ich in die Zuschauerreihen und nach Oben schaue. Für mich ist es sonnenklar, dass wir diesen Sportplatz, den Umbau, den Allwetterplatz brauchen. Dies ist für mich wie keine Frage. Ihr, welche hier sitzt, seid die, welche mit einer Volksinitiative, welche mit einem Superresultat dahergekommen ist, gezeigt habt, doch dies ist etwas, dass wir wollen. Wir wollen dies hier. Jetzt wird von der einen Seite diskutiert, wir wollen nicht so viel ausgeben, wir geben etwas weniger. Andere sagen, wir brauchen dies unbedingt. Aber im Moment sprechen wir eigentlich darüber, dass alle sagen, wir wollen eigentlich diesen Platz. Ich sehe dies ein und ich möchte diesen eigentlich auch. Aber die Frage ist, dies hat der Gemeindepräsident eingangs in seinem Votum gesagt, welche wir heute beantworten, sagen wir hier als GGR, ja, wir gehen vorwärts mit dem Projekt und machen jetzt dies und jetzt entscheiden wir oder wenn wir nein sagen, lassen wir das Volk entscheiden. Diese Frage stelle ich nun ins Publikum. Ich weiss, dass ihr mir diese nicht in der Art beantworten könnt. Es ist die Frage, welche mir im Moment durch den Kopf geht. Wäre es denn für euch, welche heute hier sitzt und uns zeigt, ihr seid wirklich interessiert, nicht der grössere Erfolg, wenn wir heute nein sagen würden und man vors Volk gehen würde und dem Volk sagt, sag jetzt, dass wir ihn wollen? Dann müssten wir auch nicht darüber stürmen, wer jetzt wie viel und so weiter. Denn dann hätten wir den Auftrag vom Volk. Jetzt haben wir mit eurer Initiative den Auftrag in diesem Gremium darüber nachzudenken und vielleicht das Geschäft weiter zu reichen. Die andere Möglichkeit, welche ich sehe, ist dem Volk nun die Chance zu geben, zu sagen doch SC Worb, doch Femina Kickers, ihr alle, welche es wollt, wir zeigen jetzt, dass wir hinter euch stehen. Dies ist die Frage, welche ich mir momentan stelle, es ist die Frage, welche ich mir immer noch nicht schlüssig geworden bin, ob ich am Schluss sage, nein, ich möchte, dass es das Volk entscheidet oder ja, wir entscheiden jetzt einfach.

Cetin Mayk, EVP: Ich bin kein Parteipräsident, wie die anderen. Ich bin ein einfacher Parlamentarier von der EVP. Vielleicht kann ich gewissen Leuten ein wenig nachhelfen bei der Unentschlossenheit. Wir sind hier Volksvertreter. Vom Volk gewählt. Also können wir auch mit gutem Gewissen fürs Volk entscheiden. Vor allem dann, wenn 1'472 gültige Unterschriften eingegangen sind. Ich glaube, bei 5'000 Wahlberechtigten ist dies recht viel. Dies zu dem, vielleicht hilft dies noch ein wenig. Dann zu den Argumenten oder Gegenargumenten, welche genannt wurden. Noch ein wenig unsere Sicht. Man kann es natürlich auch anders sehen. Nummer eins, der Zeitpunkt. Vor zehn Jahren habe ich selber auch Fussball gespielt und damals war es absolut dringlich. Jetzt kann man darüber streiten, ob es heute oder in 20 Jahren dringlich ist. Ich denke, es sind genügend Argumente genannt worden, dass es absolut dringlich ist. Dass man das ganze aus Sicht der Betriebswirtschaft ansehen muss, ist ganz klar. Ich bin auch Betriebswirtschaftler. In der Finanzkommission haben wir den Finanzplan erarbeitet und es ist nicht im aktuellen Finanzplan, dies ist auch korrekt, aber ein Plan bleibt ein Plan und es ist nicht in den Stein gemeisselt. Ich kann diesen ruhig auch hinterfragen. Es gibt manchmal auch Sachen, welche übergeordnet sind. Wir haben heute den Nebeneffekt, die Nebeninvestition, welche es auch geben könnte. Wir haben es vorhin sehr gut gehört. Es sind Investitionen, welche man auch anderen Orten in die Jugend aufwerfen müsste. Diese Kalkulation müsste man in dem Falle auch machen, Vollkostenrechnung. Die

private Finanzierung, muss ich sagen, ist eine sehr gewagte Aussage. Wir haben vorhin gehört, wie viel Freiwilligenarbeit, wie viele Stunden unentgeltlich investiert werden. Nochmals von den Eltern zu verlangen, dass sie Geld einschiessen, ok... Dann ist das Beispiel natürlich vom Wislenpark genannt worden. Kann man gut machen, dort hat man auch Geld gesprochen. Aber auch dort, um die ganze Wahrheit zu erzählen, haben wir zwei Bereiche, welche keinen Gewinn abwerfen, dies übrigens schweizweit nicht. Dies sind die Eishalle und das Schwimmbad. Jetzt das Ganze mit dem Sportverein zu mischen, ist auch etwas sehr gewagt, muss ich sagen und nicht ganz transparent. Wir haben dort Defizite in den Anlagen, welche schweizweit defizitär sind. Einfach um das Gesamtbild und auch die andere Seite sehen zu können. Vielleicht hilft dies für im Februar oder März bei der zweiten Debatte, um dort den Kredit zu sprechen.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Ja, ich nehme die Möglichkeit auch noch wahr. Ich finde es ist ein super Anschauungsunterricht für alle Jungen, welche hier sind und vielleicht nun hier die Legislative und dort die Executive besser unterscheiden können. Es hat verschiedene Meinungen, Pro und Contra. Also nimm dir auch den Respekt von diesem Abend mit. Ich habe etwas über die Politik gelernt und eben live verfolgt. Ich möchte Michael sagen, dass ich es nicht gut finde, wenn wir dies auf die finanzielle Situation der Gemeinde reduzieren. Ich bin einverstanden, dass wir die Verantwortung für die Finanzen tragen. Dies stimmt komplett. Aber wir tragen auch die Verantwortung für das, was Matthias gesagt hat, für Gesundheit und andere Werte, welche man nicht mit dem Geld quantifizieren oder messen kann. Aber diese Werte haben einen enormen Wert. Dies ist der Wert vom Leben, von der Gemeinschaft und von der Gesundheit. Zuletzt wollte ich noch sagen: Man könnte sich fragen, ob Gemeinden wie Ostermundigen, Belp, Münsingen, Muri-Gümligen und Oberdiessbach eine Fehlinvestition gemacht haben in all diesen Jahren. Ich bin im Bleniotal aufgewachsen. Wir haben auf einem Terrain gespielt, welches ziemlich schräg war. Mein Vater hat sich eingesetzt, da es am Rand von einem Kastanienwald war, um einen Zaun hinzustellen. Damit der Ball nicht ständig in den Kastanienwald gegangen ist. Dies ist ein Stück von der Motivation, welche ich auch erhalten habe, jetzt für unsere beiden Söhne, welche dort spielen, um das Projekt zu unterstützen und es bald auch realisiert zu sehen.

Lanfranconi Elena, FDP: Ich möchte nur kurz zu einem Punkt noch etwas sagen und zwar zum Thema Finanzen. Ich sehe, die Finanzierung ist hier heissumstritten und ich habe grosses Verständnis dafür, dass wir zum Geld Sorge tragen müssen. Aber, wie dies bereits mehrmals erwähnt wurde, wir müssen auch zu unserer Jugend Sorge tragen. Wir müssen dies, was die Vereine für unsere Jugend machen, honorieren. Zwar nicht mit Geld, aber mit guter Infrastruktur und darum brauchen wir die Investition jetzt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 28 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 31 Abs. 1 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Initiative mit dem Titel „für einen allwettertauglichen Sportplatz“ wird unterstützt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Ausführungsprojekt zu erarbeiten und dem Grossen Gemeinderat zur Beschlussfassung zu unterbreiten.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Christensen Sven, 1. Vizepräsident, gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser Dauert von 20.32 bis 20.42 Uhr. Der Protokollführer.)

Informatik an den Schulen; Konzept zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Lehrplan 21: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 5	Beschlussnummer 2017/21-122	Geschäftsnummer 20409	Archivnummer 13/11/1
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Gränicher Marius, GPK: Ich weiss nicht, wie ihr solche GGR-Geschäfte in euren Fraktionen bearbeitet. Vielleicht arbeitet ihr mit einer eigens dafür entwickelten Plattform, auf der ihr interaktiv und natürlich adressatengerecht gemeinsam an den Geschäften arbeitet. Vielleicht nutzt ihr die Plattform auch für den internen Meinungsaustausch oder auch für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern. Vielleicht arbeitet ihr mit einer Datenablage, die auch einen Datenaustausch ermöglicht, oder mit Blogs oder mit Cloud-Computing. Wenn den meisten von uns das Know-how dafür fehlt, so liegt das wahrscheinlich nicht daran, dass wir in der Schule nicht aufgepasst haben, sondern daran, dass solche ICT-Skills während unserer Schulzeit noch nicht zum Lehrplan gehörten. Spätestens mit dem neuen Lehrplan 21 hat sich dies geändert. Im neuen Fach Medien und Informatik werden unsere Schülerinnen und Schüler fit gemacht für solche, heute eigentlich selbstverständliche Grundkenntnisse im Bereich ICT. ICT umfasst aber noch viel mehr als nur den Umgang mit Computer oder Tablet. Es geht um den sinnvollen Umgang mit den vielfältigen Informationen, um den Datenschutz und um den Konsum von Medien. Das alles muss geübt sein, und zwar nicht nur im Fach Medien und Informatik, sondern in allen Fächern, in denen man den Computer sinnvoll einsetzen kann. Das sind heutzutage nahezu alle Fächer. Damit man Lesen und Schreiben lernte, reichte es früher, dass die Schule eine Schiefertafel zur Verfügung stellte. Später kam zum Rechnen ein Taschenrechner dazu. Von den Eltern konnte man noch verlangen, dass sie den Kindern einen solchen zu Weihnachten schenken. Das ist im Bereich ICT und überfachlichen Kompetenzen schwieriger. Hier braucht es einfach Tablets und Beamer. Auf welcher Schulstufe welche Hardware nötig ist, schreibt die Erziehungsdirektion im Wesentlichen bereits vor. Wieviele Geräte es sein müssen, dafür gibt es Empfehlungen. Natürlich lädt die vorliegende Botschaft samt der beiliegenden ICT-Konzepte förmlich dazu ein, über Fragen zu diskutieren wie: Braucht es bereits Tablets im Kindergarten? Ist das Thema Prävention im Lehrplan ausreichend verankert? Solche Fragen sind natürlich hoch pädagogisch und hoch spannend. Beim vorliegenden Geschäft geht es aber nicht um solche Fragen, sondern es geht um den Kreditantrag für Hardware, die man für den neuen Lehrplan einfach braucht und eine Notwendigkeit ist. Die Inhalte des Lehrplans 21 sind verbindlich. Die Konzepte der Worber Schulen richten sich nach den Empfehlungen der kantonalen Erziehungsdirektion. Der Prozess für die Erarbeitung der ICT-Konzepte und des heutigen Kreditantrags wurde sehr sorgfältig geplant und durchgeführt. Das zeigt der Projektbeschrieb, den man im Vorarchiv einsehen konnte. Die GPK hat den Projektbeschrieb und die zahlreichen anderen aufgelegten Dokumente eingehend geprüft. Im Verlauf des Prozesses wurde auf externe Sachverständige im Bereich Pädagogik und im Bereich Technik zurückgegriffen. Es wurden Vergleiche mit der Hardwarenotation von Schulen in anderen Gemeinden angestellt. Und schliesslich werden in dieser Botschaft auch Varianten aufgezeigt und bewertet. Die Bildungskommission und die Finanzkommission haben das Geschäft ebenfalls genau unter die Lupe genommen und unterstützen den Kreditantrag. Auch sie haben wie die GPK noch die eine oder andere Frage gestellt. Diese wurden von Christoph Moser und Christian Reusser beantwortet. Eine der wichtigsten Klärungen der GPK hat sich auf eine Aussage zu den Kosten in Kapitel fünf der Botschaft bezogen. Dort wird auf zwei Richtofferten hingewiesen. Gemäss Aussage von Christian Reusser hat die Firma Letec einerseits eine Offerte zu den potentiellen Kosten der Geräte und eine Offerte zu den Dienstleistungen unterbreitet. Darum sind es zwei Richtofferten in einer Tabelle. Für die Gerätebeschaffung wird dann eine öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Das Projekt zur Umsetzung der ICT-Vorgaben aus dem Lehrplan 21 und der vorliegende Kreditantrag sind gut begründet. Die GPK empfiehlt euch, auf die Vorlage einzutreten.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Stellt euch vor, ihr seid eine Lehrerin oder ein Lehrer und tretet vor 40 Jahren morgens frohen Mutes in das Lehrerzimmer und die Kaffeemaschine funktioniert nicht. Der Tag ist im Eimer, nichts funktioniert mehr wie geplant. Stellt euch vor, ihr seid eine Lehrerin oder ein Lehrer und tretet vor 25 Jahren morgens frohen Mutes in das Lehrerzimmer und der Kopierer funktioniert nicht. Der Tag ist im Eimer, nichts funktioniert mehr wie geplant. Stellt euch vor, ihr seid eine Lehrerin oder ein Lehrer und tretet heute Morgen frohen Mutes in das Lehrerzimmer und das Internet funktioniert nicht. Der

Tag ist im Eimer, nichts funktioniert mehr wie geplant. Ich mag etwas überspitzt formuliert haben. Aber es ist tatsächlich so, dass das Internet heute in der Schule sehr wichtig ist. Ich möchte euch nun aufzeigen, warum ihr dem Kredit von 841'000 Franken für den Ersatz der ICT-Hardware an den Schulen zustimmen sollt. Vor ziemlich genau vier Jahren stand ich bereits in der gleichen Sache vor euch. Die Zeit geht schnell vorbei. Immerhin ist jetzt vorgesehen, dass das Departement Bildung erst in fünf Jahren wieder vor euch stehen wird. Warum müssen wir denn alle Geräte wieder ersetzen? Die Digitalisierung nimmt ihren Lauf. Es geht immer schneller voran. Wohin der Weg geht, weiss niemand so richtig. Wir wissen aber, dass die Digitalisierung nicht vor den Worber Schulen halt macht. Es ist die vornehme Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler auf das Leben nach der obligatorischen Schulzeit vorzubereiten, sei es auf den Einstieg in eine Berufslehre, sei es auf eine weiterführende Schule. Dafür ist es zwingend nötig, dass die Schülerinnen und Schüler zweckmässige und betriebssichere Geräte zur Verfügung haben. Auch die Lehrpersonen müssen auf eine einwandfreie Infrastruktur zurückgreifen können. Warum müssen wir die Geräte gerade jetzt ersetzen? Könnte man damit nicht noch ein oder zwei Jahre warten? Könnte man nicht einfach nur einzelne defekte Geräte ersetzen? Nein, das können wir nicht. Der Zeitpunkt für einen Totalersatz ist gekommen. Die Geräte an unseren Schulen haben ihren Zenit erreicht. Die Betriebssicherheit ist insbesondere auf der Primarstufe nicht mehr gegeben. Vor vier Jahren glaubten wir, wir könnten die vierjährigen Geräte der Oberstufe an die Mittelstufe weitergeben. Das haben wir auch so gemacht. Die heutigen Geräte an der Mittelstufe sind nun sieben oder acht Jahre alt. Das hat sich als völlig unzuweckmässig erwiesen. Die heutigen Programme, die man in der Schule benötigt, sind so gross und umfassend, dass die sieben- oder achtjährigen Geräte damit nicht mehr zufriedenstellend funktionieren. Wenn man fast eine halbe Lektion braucht, bis die Geräte aufgestartet sind und die Programme anschliessend nicht zufriedenstellend laufen, macht das allen Beteiligten wenig Freude. Die Lehrpersonen verzichten in der Folge auf die Verwendung der Informatik. Für einen gleichzeitigen Ersatz der Hardware spricht auch, dass so immer Geräte der gleichen Generation in Betrieb sind. Hat es Geräte verschiedener Generationen, so steigen die Dienstleistungsstunden für den Unterhalt stark an. Der Lehrplan 21 setzt auf den Einsatz des Internets, von Tablets und von Notebooks, und zwar auf allen Stufen. Neu also auch im Zyklus 1, das heisst, im Kindergarten und in den ersten und zweiten Klassen. Das ist übrigens mit ein Grund, weshalb wir mehr Geräte anschaffen müssen als vor vier Jahren. Bisher hatten wir den Zyklus 1 nicht ausgerüstet. Der Lehrplan 21 verlangt aber, dass bereits im Kindergarten Grundkompetenzen in der Anwendung eines Computers vermittelt werden. Man kann sich schon fragen, ob das sinnvoll ist. Wozu benötigt ein Kindergärteler ein Tablet? Ich war vor Kurzem bei meinem Neveu zu Besuch. Der hat kleine Kinder. Wir verbrachten einen zufriedenen Tag. Was machten die beiden kleinen Kinder? Sie haben auf einem Tablet gespielt. Und die Spiele waren tatsächlich nicht nur dumm. Ein anderer Aspekt scheint mir sehr wichtig zu sein: Prävention. Wenn kleine Kinder zu Hause mit digitalen Geräten spielen, dann sollen sie darin unterrichtet werden, wie sie das sinnvoll tun können. Sie sollen die Gefahren der digitalen Welt kennen und mit ihnen umgehen können. Das fängt bereits im Kindergarten an und ist Sache der Schule. Und es dauert bis zum Schulaustritt. Der Lehrplan 21 hat speziell auch für diesen Aspekt ein neues Fach eingesetzt: Medien und Informatik. Informatik ist in den Schulen nicht mehr ein gesondertes Fach, das im Informatikraum stattfindet. Vielmehr ist Informatik ein Werkzeug zur Unterstützung des Unterrichts. Ein Werkzeug, das immer zur Verfügung stehen soll. In einer Geschichtslektion zum Beispiel ist es hilfreich, wenn man zur Veranschaulichung eines Themas einen kurzen Film zeigen kann. Anschliessend kann man sich vielleicht mit einer Quelle beschäftigen. Später sollen die Schülerinnen und Schüler etwas im Internet recherchieren. Heute vermischt sich der konventionelle Unterricht mit der Nutzung des Internets. Aus diesem Grund werden die Informatikräume mehr und mehr abgeschafft. Damit das problemlos möglich ist, braucht es eine genügende Anzahl an Geräten. Das vorgeschlagene Mengengerüst haben nicht wir erfunden. Vielleicht steht auch die Frage im Raum, warum wir nicht one-to-one einführen. Warum geben wir nicht jeder Schülerin und jedem Schüler ein Gerät in die Hand? Für die Gemeinde hätte dies einen höheren finanziellen Aufwand zur Folge. Die Geräte würden so aber auch zu Hause verwendet. Es würden Programme installiert. Es gäbe unterschiedliche Konfigurationen. Der Supportaufwand und damit die Kosten würden massiv steigen. Wir wollen das im Moment noch nicht. Aus pädagogischer Sicht sind wir dezidiert der Meinung, dass die Kinder auch mal eine computerfreie Zeit haben sollen. Zu Recht werdet ihr jetzt sagen, dass heute jede Schülerin und jeder Schüler ab der Mittelstufe ein Smartphone hat. Die Schule braucht diesen Trend nicht auch noch zu unterstützen. Wir schauen aber gespannt auf die Gemeinden, die one-to-one bereits eingeführt haben oder jetzt einführen. Von diesen Erfahrungen wollen wir profitieren. In fünf Jahren wird die Ausgangslage allenfalls anders sein. Wir wollen nicht voraussehen und etwas tun, das nicht etabliert ist. Wie ich schon mehrfach sagte, sind die Geräte, die wir anschaffen wollen, für eine Betriebsdauer von fünf Jahren ausgelegt. In den nächsten fünf Jahren sind keine Investitionen mehr in neue Geräte geplant.

In fünf Jahren kommen wir wieder mit einem Gesamtpaket. Ihr seht: Ein Gesamtersatz der Hardware drängt sich nun auf. Es ist der ideale Zeitpunkt. Ich fasse zusammen: Mit dem vorliegenden Ersatz der ICT-Hardware an den Worber Schulen können wir den Lehrplan 21 ideal umsetzen. Die Geräte an den Worber Schulen haben ihren Zenit erreicht. Es ist mit vermehrten Ausfällen und teurem Support zu rechnen. Die Digitalisierung macht nicht halt vor den Worber Schulen. Wir wollen à jour sein. Wir wollen den Schülerinnen und Schülern einen optimalen Einstieg ins Berufsleben oder in eine weiterführende Schule ermöglichen. Der vorliegende Antrag ist ausgewogen. Die ICT-Konzepte der Primarstufe und der Oberstufe sind zukunftsgerichtet und von Fachpersonen entwickelt worden. Sie passen zu unseren Worber Schulen. Mit dem gleichzeitigen Ersatz der Geräte haben wir die Dienstleistungsstunden im Griff. Wir haben alle Geräte derselben Generation. Mit dem Einsatz von Tablets im Zyklus 1 ermöglichen wir den Schülerinnen und Schülern einen geführten, sanften und geordneten Einstieg in die digitale Welt. Heute Nachmittag erhielt ich noch per Mail einige Fragen der FDP. Die Antworten darauf haben wir euch allen zukommen lassen. Ich bitte euch aus all diesen Gründen, dem Verpflichtungskredit von 841'000 Franken für den Ersatz der ICT-Hardware an den Worber Schulen zuzustimmen.

Messerli Gregor, FDP: Ich hoffe, dass die Lehrpersonen den Ausfall der Kaffeemaschine, des Druckers oder des Internets heute verkraften. In meiner Zeit gingen wir in einem solchen Fall Fussball spielen, und zwar im Worboden auf dem Naturrasen. Etwas erstaunt bin ich darüber, dass du, Christoph, nicht in die Zukunft sehen willst. In diesem digitalen Thema ist es doch sehr wichtig, in die Zukunft zu schauen. Machen wir das nicht, so sind wir heute schon beim Gestern. Ich finde es extrem wichtig, in die Zukunft zu blicken und abzuschätzen, was in den nächsten Jahren kommt. Sonst investieren wir heute in etwas, das bereits veraltet ist. Das finde ich fatal. An dieser Botschaft finde ich gut, wie sie aufgesetzt ist. Ich habe einiges über den neuen Lehrplan gelernt. Die Dokumentation ist sehr ausführlich. Besten Dank auch an dich, Christoph, für das rasche Reagieren auf die Fragen der FDP. Die Antworten sind sehr informativ. Damit hat es sich aber. Ich bin etwas konsterniert. Schon an der letzten Sitzung hörten wir, dass Hänsel und Gretel irgendwie hängen bleibt, weil man Abklärungen nicht sauber gemacht hat. Nun sprechen wir über ein Geschäft, von dem man vor vier Jahren sagte, es werde ungefähr acht Jahre gehen, bis man wieder etwas Geld werde sprechen müssen. Nun sind aber keine acht Jahre vergangen. Ich frage mich daher: Machen wir unseren Job denn wirklich gut? Offenbar nicht. Es kommen immer wieder Schockmeldungen: Hier ein paar hunderttausend Franken vergessen, dort muss man noch etwas nachschütten. Ich komme halt wieder mit dem Wislepark. Das ist wenig befriedigend. Ich war im Jahr 2014 dabei. Es fragt sich natürlich auch, ob ich schlecht informiert wurde oder ob ich das Geschäft schlecht verstanden habe. Darum habe ich im Bauch ein etwas schlechtes Gefühl, wie man mit solchen Themen und mit so viel Geld umgeht. Das finde ich doch sehr unschön. Ich bin mir nämlich sicher, dass man schon im 2014 wusste, was der Lehrplan 21 ungefähr bieten könnte, und nicht erst jetzt. Ich finde nicht gut, dass man dem nicht Rechnung getragen hat. Enttäuschend sind für mich auch die drei Varianten. Ich will von meinen Leuten auch immer Varianten. Aber sind wir ehrlich. Die drei Varianten sind schon etwas dünn. Wenn ich entscheiden kann, ob ich jetzt noch eine Schutzhülle oder eine Garantieverlängerung will, so ist das nicht gerade rocket-science. Dort hätte ich mir mehr out-of-the-box-Denken gewünscht. Da ist die Variante A, die kostet vielleicht 400'000 Franken, und die andere vielleicht eine Kiste. Das, was wir vorliegend haben, sind keine Varianten. Das ist eine Gewissensberuhigung. Und auch die Beurteilung von bring-your-own-device: Das ist vielleicht der Kritikpunkt in der Rückmeldung zu unserer Anfrage. Dort schreibst du, bring-your-own-device scheint uns noch nicht reif genug zu sein. Ich will wissen, ob wir parat sind oder nicht. Das spüre ich hier eigentlich nicht. Es ist ein Trend, den die Stadt Bern aufgenommen hat. Wir schauen aber nicht in die Zukunft. Vielleicht ist es heute schon ein Trend, vielleicht in einem Jahr. Warum prüfen wir das nicht echt. Darüber habe ich zu wenige Informationen erhalten. Aber nichts desto trotz: Es ist wichtig, dass die ICT in unseren Schulen platziert wird, dass die Kinder das können. Es gehört heute dazu, dass man bei diesen Themen parat ist. Wir müssen das machen. Aber ich wünsche mir für die Zukunft schon eine seriöse Planung in diesem Geschäft.

Jost-Pfister Catarina, GLP/BDP: Wir sagen Ja zum Kredit und stehen hinter der Vorlage. Dafür gibt es ganz verschiedene Punkte, die wir bereits gehört haben. Ich greife nur ein paar auf: Über den Grundsatz, ob wir mit Computern arbeiten wollen, müssen wir nicht mehr diskutieren. Das wäre Zeitverschwendung. Lehrplan 21 müssen wir auch nicht diskutieren, der ist gegeben. Was aber wichtig ist, sind funktionierende Geräte, die man optimal einsetzen kann. Ich erinnere mich an eine Situation in der Schule vor 20 Jahren, als wir mit einem Modem begonnen haben. Das hat man morgens eingesteckt und brauchte zum Aufbau einer Verbindung

sehr lange Zeit. Für den Unterricht taugte das nicht. Je länger man warten muss, weil die Geräte nicht funktionieren, umso mehr passieren originelle Sachen bei den wartenden Schülerinnen und Schülern. Das ist schade für die Zeit. Eine Lektion hat immer noch nur 45 Minuten. Muss man an den Geräten zehn Minuten warten, ist die Lektion schon bald zu Ende. Erst recht, wenn man 20 oder gar 25 Schülerinnen und Schüler hat, denen man gerecht werden sollte. Darum ist gar keine Frage, dass diese Geräte optimal laufen müssen. Unter diesem Gesichtspunkt macht eine Gesamtbeschaffung Sinn. In der Privatwirtschaft macht man das auch so. Dort kann man sich Ausfälle gar nicht leisten. In der Schule besteht dieser finanzielle Druck nicht im gleichen Umfang. Dort kann ein Ausfall mal vorkommen. Er muss aber auch dort die Ausnahme bleiben. Für uns ist auch klar, dass es gut geplant sein muss. Was in fünf Jahren sein wird, wissen wir alle nicht. Ich stelle mir das aber so vor, dass es nicht linear aufwärts geht. Es ist wichtig, dass wir die Entwicklungen weiterverfolgen und uns nicht zurücklehnen. Das heisst aber nicht, dass wir bereits nächstes Jahr wieder etwas anschaffen müssen. Ich bin überzeugt, dass das im Departement Bildung erfolgen wird. Nochmals: Wir sagen Ja.

Stucki Simon, SVP: Der Lehrplan 21 ist ein Mehrheitsentscheid und beschlossene Sache. Ich entnehme aber heute den Medien, dass erste Lehrerverbände nach der Einführung Stellung bezogen haben. Sie sagen, dass der Lehrplan überarbeitet werden muss. Zu viel Stoff, zu hohe Kosten und zu hohe Anforderungen. Die oben genannten Kosten bekommen wir direkt in unserer Gemeinde zu spüren. Ich befürchte, dass auch nach einer Überarbeitung des Lehrplans die Kostenfolge für unsere Gemeinde hoch bleiben und mit einer Mehrverschuldung oder höheren Steuern finanziert werden muss. Auch hat man beim Ganzen den ökologischen Preis etwas vergessen. Die längst bekannten Gesundheitsrisiken mit der WLAN-Dauerbestrahlung und der Abfallberg, der dadurch entsteht, habe ich nirgends gefunden. Uns erscheint die Einführung auf Kindergartenstufe sehr früh. Die Eltern haben auch eine Mitverantwortung für die Kindererziehung, nicht nur die Schule. Uns ist klar, dass wir im Netz der Globalisierung gefangen sind und es ohne Informatik fast nicht mehr geht. Wir werden diesem Kredit zustimmen.

Gränicher Marius, SP+Grüne: Noch ganz kurz als Mitglied der Bildungskommission: In die Zukunft schauen, Gregor, unbedingt ja. Bei der ICT geht es gar nicht anders. Es machte den Anschein, als ob man das völlig vergessen und nicht gemacht habe, als ob man von Anfang an gesagt hätte: Ja, wir machen diese Lösung, die nun vorliegt, mit der Option mit oder ohne Schutzhülle. Ich gehe davon aus, dass auch du die Projektplanung studiert hast. Du hast vielleicht auch gesehen, welche Sachverständigen man beigezogen und welche Themen man alle besprochen hat. Bring your own device war ein Thema. Man machte anfangs eine breite Auslegeordnung und prüfte, was andere machten. Haben wir Hinweise, dass etwas besonders gut funktioniert? Man hat auch Partner angefragt. Man hat die Auslegeordnung also durchaus gemacht. Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob wir in der ICT besonders innovativ sein und vorab gehen wollen. Ich mag mich an Voten erinnern, bei denen du gesagt hast: Ja, Stadt Bern Stadt Bern. Warum müssen wir immer das machen, was die Stadt Bern macht. Wir können doch etwas Eigenes machen. Jetzt machen wir es nicht so, wie die Stadt Bern. Ob das schlechter ist? Ich bin nicht sicher. Wir kennen die Informatikprojekte, bei denen man vorangehen wollte. Das ist meistens nicht gut herausgekommen. Manchmal ist es gar nicht schlecht, wenn man eine Auslegeordnung macht, mit Partnern diskutiert und sagt: Für den Moment ist das die beste Lösung. Wir beobachten aber, was die anderen machen. Der Zeithorizont von fünf Jahren ist nicht sonderlich hoch. Mit der zur Diskussion stehenden Vorlage verbauen wir uns nichts. Dass wir gleichzeitig weiterdenken, ist völlig klar. Das erscheint mir wichtig. Es wurde vieles gedacht und das ist aus der Botschaft vielleicht nicht ersichtlich.

Suter Michael, FDP: Ich verstehe zwei Sachen nicht. Erstens weiss ich nicht, was das alles für Implikationen für die Schule hat. Das muss ich aber auch nicht unbedingt verstehen. Und ich verstehe auch nicht, warum wir nach vier Jahren schon wieder solche Mittel brauchen, wenn der GR damals acht Jahre versprach. Ich bitte Christoph, auf das einzugehen. Stehen wir schon nach zweieinhalb Jahren wieder hier, wenn wir jetzt für fünf Jahre beschaffen? Das ist uns ganz wichtig und ist keine Fundamentalopposition gegen diesen Kredit.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Wir haben vor vier Jahren im Worboden ein neues Konzept mit ausleihbaren Computern umgesetzt. Wir kauften 150 Geräte. Das funktionierte so gut, dass wir daran nichts ändern wollen. Vor vier Jahren sagte man aber, dass wir die seit vier Jahren in der Oberstufe laufenden Geräte der Mittelstufe übergeben. Wir mussten aber feststellen, dass diese Geräte den Anforderungen nicht

mehr genügen. Die Anmeldung dauert 10 bis 15 Minuten. An einem solchen Konzept können wir nicht festhalten. Diesen Entscheid haben wir gefällt. Für den Worboden haben wir kein neues Konzept entwickelt, weil sich das bestehende bewährt hat.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 zu 1 Stimmen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für die Beschaffung von Informatikmitteln in den Schulen und Kindergärten wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto 170.5060.01, ein Verpflichtungskredit von 841'000 Franken bewilligt.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus", Interpellation der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 6	Beschlussnummer 2017/21-123	Geschäftsnummer 22891	Archivnummer 31/0/5
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	------------------------

Federer Guido, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne begrüsst sehr, dass der Gemeinderat eine aktive Bodenpolitik und die Förderung des bezahlbaren Wohnraums in seine Legislaturziele aufgenommen hat und nimmt als Bekenntnis, dass eine durchmischte Bevölkerung zu einer hohen Lebensqualität beiträgt, befriedigend zur Kenntnis. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist jedoch nicht nur in den Legislaturzielen des Gemeinderates festgehalten, sondern sogar in der Bundesverfassung in Art. 108 erwähnt und somit eine wichtige Angelegenheit. Wir sind jedoch der Meinung, dass sich der Gemeinderat mit der Aussage, dass die finanzielle Situation der Gemeinde und die Schuldengrenze wenig Spielraum für aktive Landkäufe lässt, etwas einfach gemacht. Insbesondere, weil die Bewilligung von einem Rahmenkredit in der Vorschau 2019 als Massnahme definiert ist. In der Vorschau 2019 ist auch erwähnt, dass bis Ende 2018 im GR die Möglichkeit von einer kommunalen Bodenpolitik diskutiert werden soll. Ich hoffe schon, dass die Beantwortung von dieser Interpellation nicht das Resultat von dieser Diskussion ist und bei der Diskussion schon noch mehr heraus kommt. Beispielsweise könnte man für die Äufnung von einem Fonds auch die Erträge aus der Mehrwertabschöpfung oder die Erlöse aus Liegenschaftsverkäufen benutzen. Insgesamt lässt die Antwort des GR aus unserer Sicht an Initiative zu wünschen übrig. Aus diesen Gründen ist die Fraktion SP+Grüne von der Antwort nicht befriedigt.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel „Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus“ wird Kenntnis genommen.

"Investitionsstau: Wie weiter?", Interpellation der GLP/BDP-Fraktion: Stellungnahme

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 7	Beschlussnummer 2017/21-124	Geschäftsnummer 22890	Archivnummer 32/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	----------------------

Jorio Marco, GLP/BDP: Unsere Fraktion hat die Antworten zur Kenntnis genommen. Wir finden jedoch, dass es sich der Gemeinderat doch ein wenig einfach gemacht hat, indem er einfach auf den Investitionsplan hinweist, welchen wir natürlich auch kennen. Wir sind nicht überzeugt von der Aussage, dass der Investitionsstau kurzfristig nicht aufgefangen werden kann. Es gibt nach unserer Meinung sicherlich anstehende Bauprojekte,

welche ohne enormen finanziellen Aufwand und hohen personellen Ressourcen beschleunigt werden können. Hier sehen wir einen Widerspruch, da der Gemeinderat selber sagt: „Dank der Aufstockung um einen Projektleiter Hochbau können jetzt zahlreiche anstehende Hochbauprojekte doch vorgezogen werden.“ Aber er sagt nicht welche. Welche werden dies den sein? Hier hätten wir gerne etwas mehr erfahren. Auch bei der Projektabwicklung ist angeblich alles bestens. Weil in der Baubranche geschludert wird, braucht es harte Kontrollen durch unsere Bauabteilung und dies braucht natürlich Ressourcen und verzögert natürlich die Projekte. Da ist man offensichtlich nicht bereit, etwas aus den Händen zu geben. Wenn man die Antwort liest, sieht man eigentlich keinen Ruck im Gemeinderat um den Investitionsstau abzubauen. Wir befürchten, dass sich so der Investitionsstau eher noch vergrößert, vor allem wenn man mit Vorlagen kommt, wie beim Hansjakobli und Babetli, wo sich herausstellt, dass man den Bau aus rechtlichen Gründen heute gar nicht ausführen kann. Aus dem Grund ist klar, sind wir mit der Antwort nicht zufrieden.

Feststellung:

Von der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation der GLP/BDP-Fraktion mit dem Titel „Investitionsstau: Wie weiter?“ wird Kenntnis genommen.

Bachstrasse in Richigen; Sanierung der Strasse und der Wasserversorgungsleitung: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 8	Beschlussnummer 2017/21-125	Geschäftsnummer 22550	Archivnummer 33/42
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Wasserversorgungsnetze / Wasserversorgung, Netzersatz Bachstrasse und Strassensanierung: Kreditbewilligung. Die Graugussleitung in der Bachstrasse in Richigen stammt aus dem Jahr 1955/1960 und muss ersetzt werden. Zudem erfordert der Zustand an der Bachstrasse eine sofortige Sanierung. Das Geschäft ist gut dokumentiert. Die Aufteilung der Kosten auf Wasserversorgung und Strassenbau basiert auf Erfahrungswerten. Wir von der Geschäftsprüfungskommission beantragen dem Grossen Gemeinderat, das Geschäft Netzersatz Bachstrasse und Strassensanierung zu behandeln.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich bin schon noch froh, dass ich zu einem Geschäft komme, welches relativ handfest ist. Wir reden hier von Graugussleitungen aus dem Jahr 1955, welche ersetzt werden müssen. Von einem Strassenbelag, welcher auch schon fast so alt ist. Das ganze ICT-Wesen, muss ich schon sagen, macht mir ein wenig Angst und ich bin auch hilflos gegen die Entwicklung und es macht mir sehr sehr Kummer. Weil sogenannte Fachleute, welche dort auch vorhanden sind und wissen, wie es eigentlich funktioniert sollte. Man muss in die Zukunft denken und immer stellt man wieder fest, dass sich nicht alles so entwickelt hat, wie man dachte. Das Gleiche ist auch bei uns in der Bauabteilung. Es ist so, es sind laufende Geschäfte, diese kommen rein, gehen raus, müssen behandelt werden und es müssen Kredite beantragt werden. Man stellt Leute an, man möchte schauen, dass es vorwärts geht und immer und immer stellt man wieder fest, dass es Rückschläge gibt. Es kommen Sachen zum Vorschein, an welche man nicht gedacht hat. Es passieren Fehler, dort wo etwas geht und etwas gemacht wird. Ich bedaure dies auch, wenn es zeitweise einen solchen Verlauf nimmt. Ich kann euch aber versichern, wir probieren auch bei uns in der Bauabteilung mit Hochdruck an den anstehenden Projekten zu arbeiten und diese fliegen zu lassen, damit sie vorwärtskommen. Wie gesagt, auch bei uns passieren natürlich Fehler. Ich hoffe, dass bei der Vorlage, welche ihr vor euch habt, von der Sanierung der Bachstrasse in Richigen klar ist, worum es geht. Es geht darum alte Graugussleitungen zu ersetzen, den Belag neu zu machen, welcher im Zusammenhang mit dem Hochwasserschutz sehr in Leidenschaft gezogen wurde, seiner Zeit wo die Bauten ausgeführt wurden. Produktdefinition worum es geht und was eingesetzt wird, habt ihr vor euch. Die Polyethylenleitungen, welche dort eingebaut werden, sind vom Durchmesser her ein wenig grösser als die alten Leitungen mit 125 mm, welche gewesen sind. Die Mitberichte

von der Sicherheitskommission und der Finanzkommission sind auch enthalten. Ihr habt dort eine Aufschichtung von den anstehenden Projektkosten. Das ganze Projekt ist auch im Finanzplan hinterlegt, obwohl im neuen Finanzplan die Zahlen nicht mehr ganz übereinstimmen, wie sie hier drin sind. In der ganzen Investitionsplanung können sich natürlich von Jahr zu Jahr Verschiebungen ergeben, aber diese sind absolut im Toleranzbereich. Die Folgekosten sind auch aufgezeichnet. Was ist eigentlich Kapital und wie viel kostet es die Gemeinde mit den Abschreibungen und dann sind natürlich noch die 12'000 Franken enthalten, welche es von der GVB gibt für die neuen Hydranten. Ich möchte nicht mehr dazu sagen. Es ist absolut notwendig, dass die Strasse mit den Leitungen saniert wird. Der Gemeinderat beantragt euch den zwei verschiedenen Krediten, einerseits für den Netzersatz von 338'000 Franken und andererseits für die Strassensanierung von 517'000 Franken, zu zustimmen.

Schweizer Hans Peter, FDP: Das Geschäft ist grundsätzlich unbestritten. Wenn man die Jahrgänge der Wasserleitungen bedenkt und die intensive Nutzung der Bachstrasse während der starken Bautätigkeiten vom Hochwasserschutz. Es ist für mich sehr positiv, dass in der vorliegenden Botschaft unter Punkt 3 die Mitberichte von der Sicherheits- und Finanzkommission erwähnt sind. Die Finanzkommission hat bei einer Sitzung vom 4. September 2018 festgestellt, dass die Kosten von der Strassensanierung fast 80'000 Franken über dem Finanzplan 2018-2022 liegen. Diese Feststellung wird auch in der Botschaft unter Punkt 4.2 ersichtlich. Gemäss dem FIKO-Protokoll ist der Mehraufwand von rund 80'000 Franken hauptsächlich im Zusammenhang mit den Stützmauern, welche saniert werden. Und jetzt apropos Fehler, Bruno, Fachplaner Roduner BSB + Partner haben eine Kostenschätzung von der Gesamtplanung Sanierungsvariante von den Stützmauern von 35'000 Franken vorangeschlagen. Dies sieht man im Vorarchiv, wenn man die Unterlagen ansieht. Bei den 35'000 Franken geben sie eine Genauigkeit von plus/minus 30 Prozent an. Wenn ich jetzt die 30 Prozent hochrechne, dann sind wir auf etwa 45'500 Franken. Gegenüber den 80'000 Franken sind das für mich immer noch 70 Prozent daneben. Da stellt sich natürlich für mich schon die Frage, ob bei allen Bauprojekten so enorme Reserven in die Botschaft geschrieben werden. Wenn ich meine Rechnung mit den 70 Prozent noch auf das ganze Strassenprojekt hochrechne, dann könnte man das Strassenprojekt in der Endabrechnung für schlappe 304'000 Franken haben. Dann haben wir erst noch 30 Prozent Kreditreserven. Ich bin aber überzeugt, dass du mir eine plausible Erklärung zu meiner Berechnung geben kannst, warum die Differenz so gross ist. Möglicherweise stellen wir bei der Kreditabrechnung fest, dass wir uns wieder im Finanzplan befinden.

Jorio Marco, GLP/BDP: Unsere Fraktion unterstützt die Vorlage zu 100 Prozent. Endlich wieder eine Vorlage, wo wir hoffentlich, den Investitionsstau abbauen können und man dies relativ schnell umsetzen kann. Die Graugussleitungen haben eine Lebensdauer von 80 Jahren. Diese sind mit 60 Jahren also eigentlich noch nicht nach. Aber sie sind so strapaziert und wenn es schon vier Rohrbrüche gab, dann muss man diese halt ersetzen. Die neuen Leitungen haben auch wieder etwa 80 Jahre. Bei uns ist aber noch eine Frage aufgetaucht. Der Netzersatz von der Wasserversorgung wird der Investitionsrechnung belastet. Bei uns ist die Frage aufgetaucht, ob dieses Geld schlussendlich nicht aus der Spezialfinanzierung Wasserversorgung kommt. Wir haben eine Spezialfinanzierung, wird dieses Geld dort herum geschoben oder wo kommt dieses Geld her?

Aebersold Daniel, SVP: Eben diese Bachstrasse in Richigen. Ich kenne diese recht gut, obwohl ich oben im Dorf wohne. Eine Feststellung ist vielleicht einmal, dass die Erneuerung der Bachstrasse sinnvoll ist. Der Ersatz der Graugussleitungen durch PE-Leitungen erachten wir als sinnvoll, obwohl die angenommene Nutzungsdauer von 80 Jahren noch nicht erreicht ist. Bei den Projektkosten von zusammengezählt 855'000 Franken stechen die hohen Ingenieur- und Bauleitungskosten von 97'000 Franken ins Auge. Punkt 4.2 Finanzierung: Warum sind dort nicht die Zahlen vom Finanzplanung 2019-2023 von 380'000 Franken für die Wasserversorgung sowie 500'000 Franken für die Strasse aufgeführt. Das hat uns eigentlich gestört. Weiter, in der Fraktion habe ich dies eigentlich noch nicht bemerkt, aber als ich dieses Geschäft etwas genauer ansah und die Brille nach vorne nahm und den Kostenvoranschlag auf der hintersten Seite angesehen habe, habe ich festgestellt, dass das Honorar der Planer dort hinten mit 105'500 Franken aufgeführt ist. Also 8'500 Franken höher als in den Projektkosten. Erstaunlich ist für mich dort, dass der Kostenvoranschlag trotzdem mit den Projektkosten vorne übereinstimmt. Wie ist das möglich? Da hätten wir gerne noch eine Antwort. Die SVP wird den beiden Krediten zustimmen.

Federer Guido, SP+Grüne: Im Unterschied zur Interpellation von vorher, bin ich in diesem Fall mit der Arbeit der Verwaltung sehr befriedigt. Als direkt betroffener kann ich sagen, dass das Projekt bei den betroffenen

vorgelegt wurde. Man hat den Kontakt zu den Anwohner gesucht. Vom Tiefbau, von der Wasserversorgung her zum Synergien nutzen. Das ist von uns aus gesehen, sehr gut gemacht worden. Die Fraktion SP+Grüne wird dem Projekt zustimmen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Hans Peter, zu deiner Frage wegen den 35'000 Franken respektive fast 80'000 Franken Honorar- und Planungskosten von der Stützmauer. Dies sehe ich auch nicht gerade so heraus, woher plötzlich diese Differenz kommt. Ich kann dir das nicht so beantworten, tut mir leid. Auch in den Unterlagen sieht man das nicht. Wo hast du dies gesehen? Im Dossier, welches aufgelegt ist in der Gemeinde? Gut, ich gehe dem nochmals nach. Dann zur Frage von Marco, dies ist eindeutig, alles was über das Wasser läuft, läuft über die Spezialfinanzierung. Die Strassen werden dann über den ordentlichen Haushalt abgewickelt. Das Andere, wo Daniel gesagt, das ist sehr interessant. Es ist interessant, weil auch Fehler gemacht wurden. Das ist eine Exceltabelle und es kann vorkommen, dass diese nicht stimmen beim Zusammenzählen oder bei den Verschiebungen, welche es geben kann. Dort seht ihr die 47'000 Franken, welche anstelle der 105'000 Franken aufgeführt sind, welche zusammen stimmen sollten. Es ist richtig, dass vorne eine Differenz mit den Planern von 105'000 Franken ist, welche hier drauf sind und im Antrag sind dann Honorare von den Planern, wenn man diese zusammenzählt, von 97'000 Franken enthalten. Schlussendlich ist das im Antrag, wo stimmt und zählt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig genehmigt. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Bachstrasse wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto 350.5031.22, ein Kredit von CHF 338'000.00 bewilligt.
2. Für die Strassensanierung Bachstrasse wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto 330.5010.15, ein Kredit von CHF 517'000.00 bewilligt.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Massnahmen zur Integration von Migranten", Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 9	Beschlusnummer 2017/21-126	Geschäftsnummer 22889	Archivnummer 41/40/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

Wälti Martin, SVP: Chapeau an den Gemeinderat für die ausführliche Rückmeldung zu unserer Motion. Es hat uns sehr gefreut. Man hat gemerkt, dass sich der Gemeinderat mit diesem Thema oder dieser Thematik sehr vertieft auseinander gesetzt hat und uns auch umfassend geantwortet hat. Manchmal nicht ganz in unserem Sinn, aber zumindest vertieft geprüft. Es gab etwas Stirnrunzeln, warum gerade die SVP mit einem solchen Vorstoss kommt. Meine Damen und Herren, das ist unser Kernthema. Normalerweise fängt es an der Landesgrenze an. Aber wenn sie einmal da und ansässig sind, muss man sie integrieren, müssen wir zu ihnen schauen. Unter dem Strich, das ist etwas im Ungewissen, sollte es weniger Sozialhilfekosten auslösen, wenn man sie gut integriert. Wir sind übrigens damit einverstanden, dass man die Motion aus formellen Gründen in ein Postulat umwandelt. 49.5 Prozent der Sozialhilfedossiers betreffen Ausländer. Der Ausländeranteil der Gesamtbevölkerung wird vom Gemeinderat leider nicht bekannt gegeben. Er beträgt gemäss dem Bundesamt für Statistik 21.2 Prozent. 57.2 der niedergelassenen Ausländer haben einen Ausländerausweis C, was eine erfolgreiche Integration voraussetzt. Über die Hälfte der Ausländer konnte nicht integriert werden. Der inter-

kulturelle Treffpunkt ist sicher eine gute Sache. Er wird aber massgeblich von der katholischen und reformierten Kirche geführt. Ich weiss nicht, ob das für Personen mit islamischem Hintergrund die richtige Adresse ist. Seit 2016 sucht die Gemeinde einen Ersatz für die Deutschkurse. Das spricht grundsätzlich für sich und ist sehr positiv. Man muss dran bleiben, damit man eine gute Lösung findet. Nochmals: Die SVP-Fraktion ist mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden. Sie stimmt der Erheblicherklärung zu.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Die SVP hat in ihrem Postulat zum Thema Integration ein Thema aufgegriffen, das auch uns äusserst wichtig ist. Allerdings können wir nicht hinter allen Aussagen stehen. Den genannten Beweggrund, Migranten so zu integrieren, dass sie weniger Sozialhilfekosten verursachen, können wir nicht unterstützen. Wie kann eine Gemeinde bewirken, erzwingen oder gar beweisen, wieviele Sozialfranken durch welche Integrationsmassnahmen eingespart werden können. Diese Forderung scheint uns schlichtweg nicht erfüllbar. Dazu kommt, dass nicht nur Ausländer Sozialhilfe beziehen. Ebenfalls können wir zum Punkt vier nicht stehen. Natürlich soll die ausländische Wohnbevölkerung über unsere schweizerische Kultur und unseren Rechtsstaat unterrichtet und gelehrt werden. Das Anerkennen des Schweizer Rechts kann aber nicht nur für Muslime geltend gemacht werden, sondern es gilt für alle in unserem Land lebenden Personen. Die in dem Postulat enthaltenen Aussagen setzen aus unserer Sicht falsche Signale gegen aussen. Der Text ist trotz der Umwandlung in ein Postulat der gleiche geblieben, die Beweggründe ebenfalls. Unsere Motivation für Integrationsangebote und Frühförderungsprogramme liegen beim Wohlergehen der einzelnen Menschen und damit der ganzen Gesellschaft. Aus diesem Grund reichen wir heute ein Postulat als Ersatz für das SVP-Postulat ein. Es hat eine andere Formulierung. Wir bitten euch im Interesse der Sache, das Postulat der SVP als nicht erheblich zu erklären und stattdessen zu einem späteren Zeitpunkt unser Postulat zu berücksichtigen. Ich möchte betonen, es geht nicht gegen die SVP, es geht uns wirklich um den Inhalt, um die Sache. Ich lese jetzt den Inhalt des Postulats vor: „Wir bitten den Gemeinderat, den Stand der Frühförderungs- und Integrationsangebote in unserer Gemeinde zu erfassen, die bestehenden Frühförderungs- und Integrationsangebote zu untersuchen und zusätzliche Massnahmen auszuarbeiten. Dabei sind den Angeboten zur Frühförderung besondere Beachtung zu schenken. Dem GGR ist dazu Bericht zu erstatten. Ausgangslage: Heute kommen die Kinder immer mehr mit den verschiedensten familiären und kulturellen Hintergründen in den Kindergarten. Das betrifft sowohl Ausländer- als auch Schweizerkinder. Die Unterschiede in den kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen werden immer auffälliger. Viele Kinder können diese Unterschiede während der ganzen Schulzeit nicht mehr wettmachen. Was dies für ihr weiteres Leben bedeutet, kann man sich vorstellen. Damit Defizite möglichst gar nicht entstehen oder vor dem Kindergarteneintritt erkannt und angegangen werden können, erachten wir betreute Übergänge und entsprechende Angebote von der Geburt bis zum Schuleintritt als zielbringend. Die betroffenen Eltern sollen entsprechend motiviert und in die Angebote miteinbezogen werden. Damit die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ganzheitlich und nicht nur über die Generation der Kinder erfolgt, sind zusätzlich genügend Sprach- und Kulturkurse für Erwachsene anzubieten. Begründung: Eine frühe Förderung entlastet die Schulen und fördert zusammen mit Sprach- und Kulturkursen für die ausländische Wohnbevölkerung die Integration in das Schweizer Kultur- und Bildungssystem. Der Besuch von Sprach- und Kulturkursen soll der ausländischen Wohnbevölkerung Sicherheit in der Kommunikation und Orientierung im Umgang mit unserem Rechtsstaat und unserer Kultur bieten. Die Angebote sind unser Beitrag und unsere Verantwortung als Gemeinde für eine gelingende Integration. Denn was gibt wertvolleres als eine gesunde Gesellschaft?“ Und weil wir jetzt eine etwas andere Ausgangslage haben, beantrage ich einen Sitzungsunterbruch, damit in den Fraktionen beraten werden kann.

Beschluss zum Ordnungsantrag von Beatrix Zwahlen-Leibundgut: Der Antrag wird mit zwei Stimmen Differenz angenommen.

(Der Sitzungsunterbruch dauert von 21.52 bis 21.57 Uhr. Der Protokollführer.)

Wittwer Anatina, SP+Grüne: Die Fraktion SP+Grüne ist über den Vorstoss der SVP sehr positiv überrascht. Es ist sehr erfreulich, dass sich auch die SVP für die Integration von Migrantinnen und Migranten einsetzt, auch wenn die Motion, wie meine Vorrednerin erwähnt hat, ungünstige Formulierungen beinhaltet. Zum Beispiel Punkt vier: Dort ist es gut zu wissen, dass die SVP bei der Integration von Migrantinnen und Migranten mit im Boot ist und dass wir auch bei zukünftigen Vorhaben in diesem Bereich auf ihre Unterstützung werden zählen können. Besonders Punkt zwei, Zusammenarbeit mit dem Verein a:primo und der Punkt drei sind wichtig und erstrebenswert. Ich kann mich Martin nur anschliessen: besten Dank an den Gemeinderat für die ausführliche

Stellungnahme. Die Antworten sind detailliert, informativ und spannend formuliert. Abschliessend kann ich trotz der Einsprache der EVP sagen, dass die Fraktion SP+Grüne das Postulat der SVP mehrheitlich unterstützt. Wir stimmen der Umwandlung in ein Postulat und der Erheblicherklärung zu. Das eine Postulat schliesst das andere ja nicht aus und wir werden auch dem Postulat der EVP gerne zustimmen. Wenn wir das Postulat heute nicht annehmen, woher wissen wir, ob das Postulat der EVP dann angenommen wird.

Jorio Marco, GLP: Unsere Fraktion unterstützt die Umwandlung der Motion in ein Postulat ebenfalls. Wir sehen keinen Gegensatz zum Vorschlag der EVP.

Kölliker Lenka, Departementvorsteherin Soziales: Die SVP hat ein ganz wichtiges Thema aufgegriffen. Es wird von allen geschätzt. Ich sehe offen gestanden keinen grossen Unterschied zwischen den beiden Vorstössen von SVP und EVP. Wenn die EVP ihren Vorstoss einbringen will, so ist das auch gut. Dann haben wir zwei gleiche Vorlagen. Unbestritten ist, dass Deutschkurse ganz wichtige Faktoren bei der Integration sind. Wir arbeiten daran, unabhängig davon, ob der Vorstoss überwiesen wird oder nicht.

Beschluss:

Die Motion der SVP-Fraktion mit dem Titel „Massnahmen zur Integration von Migranten“ wird in ein Postulat umgewandelt und grossmehrheitlich als erheblich erklärt.

"LKW-Fahrverbot Bernstrasse "Zubringer gestattet"", Motion der SVP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	10	2017/21-127	22888	56/2

Fivian Bruno, SVP: Gerade einmal vorneweg, auch hier ist zur Debatte gestanden, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Damit sind wir einverstanden, auch aus formellen Gründen. Jetzt ist es so, ich bin im Vorfeld noch von der SP+Grüne-Fraktion angefragt worden, warum wir den nicht einen generellen Zubringer für die Bernstrasse postulieren. Dies wäre jetzt schon noch eine komische Sache, wenn der SVP plötzlich das Verständnis für die wirtschaftliche Bedeutung des Verkehrs in einer Strasse abhandengekommen wäre. Dass ich nun diese Partei in 150 Tagen gekehrt habe, muss ich euch auch enttäuschen. Aus folgenden Gründen, postulieren wir das Fahrverbot mit Zubringer ausdrücklich nur für LKWs: Wir gehen davon aus, dass die LKW, welche in der Bernstrasse aufgrund von Transit durchfahren, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei keinem Laden einen Halt machen werden, um ein Gipfel einzukaufen. Bei einem Auto, welches Transit fährt, sieht dies schon ganz anders aus. Wenn der Arbeiter, welcher dort durchfährt, bei der 20 Zone wegen eines Fussgängers anhalten muss, geht er vielleicht doch noch ein Sandwich holen für das Znüni. Solche Sachen verstehen wir als essenziell für die Geschäfte, welche an dieser Strasse sind. Zweitens: Bei einem generellen Fahrverbot inklusive Zubringer, wären die eingebauten Poller beim Bahnübergang wirklich vollkommen sinnlos. Da finde ich es übrigens interessant, dass jetzt gerade wieder eine Diskussion los geht in Bezug auf die Einsatzzeiten der Poller. Der Gemeinderat möchte gemäss Presse etwas mehr Flexibilität, schweigt jedoch konsequent dazu, was er den dazu oder damit genau meine. In den Kommentarfunktionen von diesen Online-Artikeln überschlagen sich die Votanten mit Spekulationen und Nettigkeiten. Ich bin also gespannt, was hier der Plan ist. Zudem habe ich mich noch gefragt, ob es beim Migros-Kreisel ein Signal gibt, wo man sieht, dass der Poller beim Bahnübergang oben ist oder ob da die Anstösser und der Transitverkehr vor verschlossenen Pollern wenden und wieder zurück gehen müssen. Bei Letzterem bin ich bereits gespannt auf die mediale Brause. Dies jedoch nur als Randnotiz. Ich bin der Meinung, dass dieses Fahrverbot für die LKW auf Transit eine Verbesserung für die Anwohner bringt, aber gleichzeitig die Kollateralschäden für die Wirtschaft ausgeschlossen sind. Wäre diese Umfahrung wirklich eine Umfahrung nämlich inklusive Spange Süd, dann hätten wir heute keine solchen Diskussionen. Ich freue mich, ich habe hier aufgeschrieben, wenn zum ersten Mal, seit ich dabei bin, jetzt ist es tatsächlich das zweite Mal, seit ich im Parlament bin, vielleicht ein Vorstoss der SVP Zustimmung finden würde.

Von Arx Roland, SP+Grüne: Auch bei diesem Vorstoss sind wir sehr erfreut, dass die SVP hier die Initiative ergriffen hat. Wir werden diesen Vorstoss unterstützen, weil wir finden, dass es eine gute Sache ist, wenn

man schon einmal die LKW aus der Bernstrasse bringt. Wir haben gesagt, wie dies auch bereits gesagt wurde, dass wir eigentlich auch für die PW ein solches Verbot haben müssten, weil diese genau gleich mit dem GPS durchfahren. Wer mit dem GPS möglichst schnell auf Grosshöchstetten, Zäziwil oder noch weiter möchte, kommt auch nicht noch ein Gipfel essen oder geht nebenbei noch einkaufen. Diese wollen möglichst schnell sein und nehmen diesen Weg, da sie abkürzen möchten. Für heute ist dies einmal gut, dass wir eine LKW-Einschränkung haben, aber wenn man den Strassenplan ändern möchte, wie dies bereits angetönt wurde, im Hinblick, dass man mit den Pollern flexibler ist oder diese allenfalls ganz weglassen möchte, dann wäre natürlich ein generelles Verbot auch für PWs nicht weg zu diskutieren. Da bin ich persönlich der Meinung, müsste man dies wiederum ansehen, weil ansonsten kann man diese Poller sicherlich nicht weglassen.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: Grundsätzlich konntet ihr der Stellungnahme des Gemeinderates entnehmen, dass wir die Situation, wie diese im Moment ist, etwa gleich einschätzen, wie dies die SVP in ihrem Vorstoss gemacht hat. Dass es unerwünscht viele LKW gibt, welche durch die Bernstrasse fahren und dies möchten wir mit dieser Umfahrung verhindern. Grundsätzlich aber auch und da müssen wir ein paar Sachen in die richtige Reihenfolge und ein wenig ins richtige Licht rücken, die Themen Umfahrung, Poller, Signalisation von Bern-, Bahnhofstrasse, Spange Süd und Spange Nord sind Sache des Kantons. Der Kanton hat den Strassenplan gemacht und dies wird jetzt einmal so eingerichtet. Eng begleitet jedoch von der Gemeinde. Ab und zu motzen wir etwas und dann bewegt sich der Kanton auch, dies ist schon klar. Generelles Verbot mit Zubringerdienst wurde genannt. Dies ist nicht Gegenstand von diesem Vorstoss und es wäre jetzt total aussichtslos morgen ein solches Signal hinstellen zu gehen. Wir hätten weder die Kompetenz, noch würden wir die nötigen Zusagen des Kantons erhalten. Auch im Moment wo die Bern- und Bahnhofstrasse der Gemeinde gehören, brauchen wir für Signalisationen immer noch die Bewilligung des Kantons. Dies können wir somit nicht einfach aus der Luft greifen. Dies wurde in der Sicherheitskommission breit diskutiert, warum an der Bahnhofstrasse nicht auch gleich noch ein Verbot für LKW mit Zubringerdienst gestattet, da sieht man die Probleme ja auch gleich kommen. Man muss einfach in der richtigen Reihenfolge vorgehen. Der Gemeinderat bekennt sich auch dazu, zuerst das korrekte Umsetzen der Massnahmen, welche im Strassenplan vorgesehen sind und dann wird kontrolliert, ob dies verhebt und am Schluss wird dann allenfalls korrigiert. Den Prüfungsauftrag nehmen wir entgegen, da wir dies sowieso machen müssen, da es ein Thema ist, welches uns in nächster Zeit beschäftigen wird, dass wir die Verkehrsströme ansehen und allenfalls die nötigen Massnahmen ergreifen.

Beschluss:

Die Motion der SVP-Fraktion mit dem Titel „LKW-Fahrverbot Bernstrasse „Zubringer gestattet““ wird in ein Postulat umgewandelt und einstimmig als erheblich erklärt.

Postulat der EVP-Fraktion mit dem Titel "Frühförderung/Integration in der Gemeinde Worb"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	11	2017/21-128	31485	41/82

„Wir bitten den Gemeinderat

- den Stand der Frühförderungs- und Integrationsangebote in unserer Gemeinde zu erfassen
- die bestehenden Frühförderungs- und Integrationsangebote zu untersuchen und zusätzliche Massnahmen auszuarbeiten. Dabei sind den Angeboten zur Frühförderung besondere Beachtung zu schenken.

Dem GGR ist dazu Bericht zu erstatten. Ausgangslage: Heute kommen die Kinder immer mehr mit den verschiedensten familiären und kulturellen Hintergründen in den Kindergarten. Das betrifft sowohl Ausländer- als auch Schweizerkinder. Die Unterschiede in den kognitiven, sozialen und emotionalen Kompetenzen werden immer auffälliger. Viele Kinder können diese Unterschiede während der ganzen Schulzeit nicht mehr wettmachen. Was dies für ihr weiteres Leben bedeutet, kann man sich vorstellen. Damit Defizite möglichst gar nicht entstehen oder vor dem Kindergarteneintritt erkannt und angegangen werden können, erachten wir betreute Übergänge und entsprechende Angebote von der Geburt bis zum Schuleintritt als zielbringend. Die betroffenen Eltern sollen entsprechend motiviert und in die Angebote miteinbezogen werden. Damit die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung ganzheitlich und nicht nur über die Generation der Kinder erfolgt, sind zusätzlich genügend Sprach- und Kulturkurse für Erwachsene anzubieten. Begründung: Eine frühe Förderung

entlastet die Schulen und fördert zusammen mit Sprach- und Kulturkursen für die ausländische Wohnbevölkerung die Integration in das Schweizer Kultur- und Bildungssystem. Der Besuch von Sprach- und Kulturkursen soll der ausländischen Wohnbevölkerung Sicherheit in der Kommunikation und Orientierung im Umgang mit unserem Rechtsstaat und unserer Kultur bieten. Die Angebote sind unser Beitrag und unsere Verantwortung als Gemeinde für eine gelingende Integration. Denn was gibt es wertvolleres, als eine gesunde Gesellschaft?“

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "10 Jahre sind genug - im persönlichen Austausch zu neuen Lösungen für das Areal Schulhaus "Zentrum"“

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	12	2017/21-129	31486	32/2/10

„Der Gemeinderat wird gebeten, einen ergebnisoffenen Austausch mit der Bevölkerung über die Nutzung des Areals «Schulhaus Zentrum» aufzunehmen. Dabei sind alle für das Zusammenleben in verdichteten Räumen wesentlichen Anforderungen zu berücksichtigen. Weitere Planungsarbeiten sind auf die Ergebnisse der Bedürfnisse der Bevölkerung abzustimmen. Begründung: 2008 haben fast 800 Personen per Volkspostulat einen attraktiven Spielplatz beim Schulhaus Zentrum gefordert. Über ein Jahrzehnt wurde das Projekt auf der Planungssachse der Gemeinde herumgeschoben. Teilweise auch mit gutem Grund. Trotzdem: Kaum ein Lehrstück zur Anpassung der politischen Interessen an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Mit frischem Blick in die Zukunft ist nun neues Denken nötig. 10 Jahre später hat sich insbesondere die Verkehrssituation grundlegend gewandelt: Der Strassenraum wurde funktional zurückgebaut. Gleichzeitig hat die verdichtete Bauweise Einzug gehalten. Für den letzten grossen öffentlichen Raum in Worb Dorf - rund um das Schulhaus «Zentrum» ergeben sich daraus neue Chancen und Perspektiven, die es nun zu nutzen gilt. Dies umso mehr, als sich auch der Raumbedarf bezüglich Bildungs- und Tagesschulnutzung geändert hat. Verdichtetes Bauen stellt deutlich höhere Anforderungen an den öffentlichen Raum. Um Nutzungskonflikten vorzubeugen, sind deshalb bereits bei der Definition der Funktionalitäten und nicht erst bei der konkreten Projektplanung vorausschauende Gespräche über die zukünftige Nutzung nötig. Die Fraktion «SP plus Grüne» fordert den Gemeinderat auf,

- einen ergebnisoffenen Austausch mit der Bevölkerung zur Nutzung des Areals Schulhaus Zentrum zu suchen;
- alle Interessensgruppen niederschwellig einzubeziehen (namentlich auch Kinder und Jugendliche, analog dem Robi-Projekt in Rüfenacht);
- die Anliegen der fast 800 Volkspostulantinnen bzw. Volkspostulanten sowie der anderen bisher eingebrachten Nutzungsvorschläge (vergleiche auch Vorstoss der FDP Oktober 2008) sollen dabei angemessen geachtet und einbezogen werden;
- seine weitere Planung auf den Ergebnissen dieses Austausches aufzubauen und seine strategischen Überlegungen zur Diskussion zu stellen.

BZ BERNER ZEITUNG, 15. Oktober 2008: Das Volkspostulat des Fördervereins Familienspielplatz Worb haben fast 800 Personen unterschrieben. Sie verlangen vom Gemeinderat, aus dem Pausenplatz beim Schulhaus einen attraktiven Spielplatz für Kinder zu bauen. «Eine ansprechend grosse, originelle, allwettertaugliche und mit beständiger Materialisierung konzipierte Anlage wird zu einem zentralen Begegnungsort für die Familien in der Gemeinde Worb», schreiben die Postulanten in ihrem Vorstoss. Der Platz soll zur «grünen Oase» im Zentrum werden, sagte Sibylle Flentje (Grüne), als sich im Parlament abzeichnete, dass das Projekt auf die lange Bank geschoben werden könnte. «Wenn wir auf die Realisierung der Umfahrungsstrasse warten müssen, nehmen wir das Begehren nicht ernst.» Das Projekt solle nicht am «politischen Unwillen» scheitern, doppelte Marianne Gadiant (SP) nach. «Nun können wir beweisen, dass wir wirklich auch Volksvertreter sind.»“

Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Kindergartenprojekt Rüfenacht; Lehren aus dem verfahrenen Projekt"“

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	13	2017/21-130	31487	32/3/1

„Der Gemeinderat wird um Auskunft zum verfahrenen Projekt "Abbruch und Neubau Doppel-Kindergarten Rüfenacht", und insbesondere um Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. In welcher Phase des Projekts hat der Gemeinderat die denkmalpflegerischen und zonenplanrechtlichen Vorgaben analysiert und berücksichtigt?
2. Welche einlässlicheren denkmalpflegerischen und zonenplanrechtlichen Abklärungen hat der Gemeinderat nach den Interventionen im Parlament vom 13. November 2017 vorgenommen?
3. Wie hoch sind die Kosten, welche bisher für das Projekt aufgeworfen wurden?
4. Wie viele Arbeitsstunden wurden gemeindeintern für die Aufarbeitung des Projekts aufgewendet?
5. Welcher Anteil dieser Kosten und Arbeitsstunden erweist sich nach dem abschlägigen Entscheid des Regierungsstatthalters als nutzlos?
6. Wie waren die Verantwortlichkeiten und die Kontrolltätigkeiten für das Projekt geregelt?
7. Welche Lehren zieht der Gemeinderat aus der nicht erteilten Baubewilligung?

Begründung: Anlässlich der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2017 wurde dem Parlament eine Kreditgenehmigung für den Neubau des Doppelkindergartens "Hänsel und Gretel" in Rüfenacht unterbreitet. Im Rahmen der parlamentarischen Debatten rügten die GPK und eine kritische Ratsminderheit, namentlich Vertreter der FDP, dass das Projekt aufgrund der baurechtlichen Vorschriften möglicherweise gar nicht bewilligungsfähig sei. Trotz dieser Kritik wurde der Kredit für das Projekt bewilligt. Nun erfuhr das Parlament anlässlich der Sitzung vom 15. Oktober 2018, dass der Regierungsstatthalter dem Projekt seine Bewilligung verweigert. Dies aus zonenplanrechtlichen Gründen, weil auf der beanspruchten Parzelle nach geltendem Recht gar kein Neubau möglich sei. Damit ist genau jener Fall eingetreten, welcher die Parlamentsminderheit ursprünglich verhindern wollte. Die Gemeinde steht damit vor einem planungsrechtlichen Scherbenhaufen. Die FDP verlangt vom Gemeinderat daher Auskunft über die Hintergründe und Lehren dieses Zwei-Millionen-Projekts."

Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Tempo 30 Boll- und Enggisteinstrasse"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 383	12.11.2018	14	2017/21-131	31489	56/2

„Einem Artikel auf BERN-OST konnte man entnehmen, dass der Kanton bei der Sanierung der Boll- und Enggisteinstrasse in Worb auf die Einführung von Tempo 30 verzichten will. Dass Tempo 30 kein Thema mehr ist, wird mit der mehrheitlichen Ablehnung in der Mitwirkung und mit der Aufhebung der Fussgängerstreifen begründet, die mit Tempo 30 einhergeht. Dieser Entscheid ist nicht nachvollziehbar und entspricht nicht den Ergebnissen der Mitwirkung. Der Mitwirkungsbericht kam nämlich zum Schluss, dass die Tempo-30-Zone mehrheitlich begrüsst wird und ein wichtiges Element für die Sanierung sei. Dagegen sprach sich eine Mehrheit gegen die Aufhebung der Fussgängerstreifen an den kritischen Übergängen aus. In Tempo-30-Zonen ist die Aufhebung der Fussgängerstreifen an kritischen Stellen, wie Beispiele in anderen Gemeinden zeigen, aber nicht zwingend. Tempo 30 könnte daher eingeführt werden, ohne an kritischen Übergängen auf Fussgängerstreifen zu verzichten. Tempo 30 würde wesentlich zur Verkehrssicherheit von Velofahrenden und Schülern sowie zur Reduktion der Lärmbelastung beitragen. Bei starken Steigungen kommt der Lärm vor allem von den Motoren, die Gas geben und nicht von den Rollgeräuschen. Tempo 30 würde die Kosten von teuren Lärmschutzmassnahmen ersparen. Der Kanton machte auf unsere Anfrage anfangs Mai geltend, dass um in einer Tempo-30-Zone das gewünschte Geschwindigkeitsniveau und somit entsprechende Verbesserung der Verkehrssicherheit zu erreichen, der Tempo 30 Bereich für den Verkehrsteilnehmer durch eine entsprechende bauliche Gestaltung erkennbar sein muss. Bewährte bauliche Gestaltungselemente, wie zum Beispiel Verengungen oder Vertikalversätze wie sie bei der Bahnhof- oder Bernstrasse im Zentrum von Worb angewendet werden, könnten auf Grund der engen Platzverhältnisse sowohl an der Boll- wie an der Enggisteinstrasse nicht wirksam realisiert werden. Er wies zudem darauf hin, dass die beiden Sanierungsprojekte zurzeit überarbeitet werden und sobald die Details bereinigt sind, diese mit der Gemeinde, Bau- und Polizeiabteilung besprochen werden sollen. Wir gelangen daher mit den folgenden Fragen an den Gemeinderat:

1. Haben bereits Gespräche mit dem Kanton zu den beiden Sanierungsprojekten stattgefunden oder sind solche geplant?
2. Wird sich der Gemeinderat beim Kanton für die Einführung von Tempo 30 und die Beibehaltung der Fussgängerstreifen auf den kritischen Abschnitten der Boll- und Enggisteinstrasse einsetzen?

3. Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um den in der Mitwirkung geäusserten Anliegen der Gemeinde Nachachtung zu verschaffen?
4. Wie sieht der Zeitplan für die Realisierung der beiden Projekte aus?
5. Welche Massnahmen sind konkret für die Sanierung/Verkehrsberuhigung im Bereich Boll-, Enggistestrasse vorgesehen?
6. Sind Änderungsvorschläge/Einsprachen gegen diese Massnahmen noch möglich und in welchem Zeitrahmen?"

Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Wohnen im Alter im Dreiklang auf der Hofmatt"

Sitzung Nr. 383	Datum 12.11.2018	Traktandum 15	Beschlusnummer 2017/21-132	Geschäftsnummer 31490	Archivnummer 41/72
--------------------	---------------------	------------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

„Ausgangslage und Bemerkungen: Die Volksabstimmung im Jahr 2009 über die „Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich Käserei-Kreisel Hofmatt" und die Erteilung des Baurechts für die Überbauung des Hofmatt-Areals haben die Voraussetzungen geschaffen, dass ein wichtiger Bau mit mehreren Zwecken entstehen kann. Baufirmen arbeiten momentan intensiv daran und die drei Gebäude DO - RE - MI nehmen Form an! Im Schlussbericht des Investorenwettbewerbs Hofmatt „3-Klang" vom 29.12.2012, auf Seite 1 der Zusammenfassung, lobt man das Angebot der IG Hofmatt und das Nutzungskonzept, welches speziell auf das «Wohnen im Alter» fokussiert ist. Dort steht es ebenfalls: „Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass den Versprechen an die Bevölkerung, dem dringenden Bedarf an Wohnen im Alter (Altersleitbild Gemeinde Worb) und somit den gewichtigen öffentlichen Interessen, mit dem Angebot der IG Hofmatt am besten entsprochen wird". Die öffentliche Urkunde zwischen der Gemeinde Worb und der Dreiklang Hofmatt AG vom 3.4.2014 erklärt unter F) Obligatorische Vereinbarungen, Punkt 3 b): „Erbringung des Nachweises, ... - namentlich, dass alle Wohnungen auf dem Vertragsobjekt für altersgerechtes Wohnen mit Serviceleistungen ausgestaltet werden eingehalten werden." Fragen: Wohnen im Alter ist ein wichtiges Anliegen. Das Projekt «3-Klang» wurde dafür konzipiert. Wir bitten den Gemeinderat um Auskunft zu folgenden Fragen:

1. Wieviele altersgerechte Wohnungen mit Serviceleistungen (sowohl Eigentums- wie Mietwohnungen) stehen älteren Menschen bei Bauabschluss zur Verfügung?
2. Wie ist der aktuelle Kenntnisstand des Gemeinderats zu den Verhandlungen, bzw. den Vereinbarungen zwischen der Bauherrschaft Dreiklang und der Altersbetreuung Worb als Dienstleister? Welche Dienst- und Serviceleistungen sind konkret geplant?
3. Kann der Gemeinderat garantieren, dass ein sicheres Wohnen im Alter mit den entsprechenden Dienstleistungen, wie versprochen, realisiert wird?
4. Auf der Internetseite von «dreiklang-worb.ch» werden einige Dienstleistungen erwähnt. Können ältere oder kranke Personen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind, mit einem Rufsystem mit der ABW in Verbindung stehen? Wird ein Pikettdienst angeboten und ist das Erbringen der nötig werdenden Spitexleistungen gesichert?
5. Welche Schritte gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen um den wachsenden Bedarf an altersgerechten und bezahlbaren Wohnungen zu decken und so den Bedürfnissen der älteren Generation in Worb Rechnung zu tragen?"

Sven Christensen
1. Vizepräsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 10. Dezember 2018

Jürg Bigler
Sekretär